

Ergebnis
nachmitt. mit Annahme
der vom- und Freitag.

Bezugspreis
monatlich 60 Pfennig
für den Rest des
Bezugspreisjahres
1.20 Mk. oder 12 Pfennig.

Die Neue Welt
(Unterhaltungsblatt)
monatlich 10 Pfennig.

Verlags- und Druckerei
Halle a. S.,
Gröbnerstraße, Nr. 20/21.



Anzeigengebühr
beachtet für die gewöhnliche
Anzeigenzeit, deren Raum
50 Pfennig
für aussergewöhnliche Anzeigen
10 Pfennig.
Anzeigen anderer Art
siehe Seite 75 Pfennig.

Anzeigen
für die ständige Nummer
werden insbesondere von uns
mit besonderer Sorgfalt
mitgeteilt, jedoch 10 Pfennig in der
Bezugspreisjahreszeit
für den Rest.

Abbestellen
in die
Postzeitung.

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Merseburg, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Cörgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Haupt-Verkaufsstelle: Barz 42/43. Geöffnet werktags von 7 Uhr früh bis 7 Uhr nachm. » Schriftleitung: Barz 42/43. Sprechstunde werktags 1/2-1/4 Uhr mittags.

Nationalliberaler Wadellopf.

Den Streit der feindlichen Zentrumsbrüder hat ein Unschickliches, das heilige Patens in Rom vorläufig — wenigstens äußerlich, scheinbar — zum Schweigen gebracht; geheimen glimmt der Funke der Zentralschwerer und tritt am Zentrumskreis. In der nationalliberalen Partei hingegen nehmen der Parteiführer und die Befestigung offen ihren Fortgang. Hier stehen sich die Führer und Schifferer auf der einen und die Wassermänner auf der anderen Seite in einem Kampfe um die Richtung gegenüber, dessen Entscheidung sich nur noch durch allerlei Vertuschungsmanöver künstlich aufschieben läßt! Die Gründung des Nationalliberalen Reichsverbandes ist das herberbedeutende Merkmal für die tiefgehenden Differenzen innerhalb der Reichsgebirgsarbeit. Der Gefahr dieser Sonderorganisation für die Einheit der Partei verfuhr man jetzt mit Aufbruch zur Sammlung und zur Einigkeit zu begehen. Mit nur geringem Erfolg! Denn der nationalliberale Sonderbund ist eine Gründung der Großindustriellen, ohne deren Geldbeutel es in der nationalliberalen Parteiführung Ebbe ist.

So befindet sich die ganze Partei, von links nach rechts hin und her schwankend, gleichsam in der Schwelbe. Es hat große Neugierlichkeit mit einem Instrument, das die Berliner Regierungsinstitut auf ihrer Suche nach Neuerungen hervorgerichtet hat und das im Volksmunde den Namen *Wadellopf* führt. Es ist das ein hohleres Gefäß in der Vermögenssichtige hineinsetzeln, um dann mittels ihrem Reich auf einer schiefer Ebene bergab zu rutschen. Den Vorkindern wird ein besonderer Hochgenuss dadurch bereitet, daß in die schiefe Ebene eine Anzahl Pfähle eingerammt sind, gegen die der Wadellopf geschleudert wird, um dann von Hindernis zu Hindernis in freier Bewegung weiter zu rutschen. Den Leuten im Wadellopf vergeht dabei Adren und Sehen, sie wissen nicht mehr, was links und rechts, was oben und unten ist, bis der Wadellopf schließlich unter fürchterlichem Geschrei in einer Passagiere irgendwo hinabstürzt.

Der Wadellopf ist das wahre Sinnbild der nationalliberalen Partei. Die politische Geschichte der jüngsten Zeit geht deren völlige Directionslosigkeit. Durch jedes Hindernis wird sie von ihren Vorkindern gelenkt, während sie von Hindernis zu Hindernis bergab rätzelt, vergeht den Mitgliebern Adren und Sehen, sie wissen nicht mehr was rechts und was links ist, und es hängt schließlich nicht von ihrem eigenen glickseligen Wetteben, sondern von allerhand Zufälligkeiten ab, welche Stellung die Partei zu den Tagesfragen einnimmt.

Eine Zerknung hat es in dem Wadellopf gewaltig zumort. Die Jungen und die Alten gerieten sich in die Haare, aber schließlich ist nach mehrmaligem Hin- und Herdrehen es wieder still geworden. Auf dem Retrikersteier kam es zu einer Verzweiflung der Gegensätze, die von Herrn Wassermann dadurch sinnbildlich zum Ausdruck gebracht wurde, daß er sich nach links wandte und nach rechts, sich mehrmals um sich selber drehte, das liberale Banner mit Grazie hinweg, aber doch den geldstüchtigen Schatzkammern der Schwerindustrie die beruhigende Versicherung gab, daß die Partei unentwegt die Sozialdemokratie bekämpfen und vor allem bei der Schwächung zwischen einem Sozialdemokraten und einem Reaktionsdemokraten zum Siege verhelfen würde.

So hat also die Jugendbewegung im Wadellopf den nationalliberalen Parteipfopf selber wiederum einmal in der reaktionären Bahn geschleudert trotz aller liberalen Gerodes. Die Reaktionsgegner haben sich auch weiter bewahrt, denn die nationalliberale Partei, die unter großem Gedröhn in den Wahlkampf zog gegen den schwarz-blauen Wad und seine Steuerpfortel hat nach längerem Gewadelt und Gefadelt zunächst in der Deckungsmission, dann auch in der Budgetmission, sich die Politik angeeignet, die vom Zentrum und der Rechten in den Finanz- und Steuerfragen vertreten wurde. Nur so ist es möglich gewesen, daß zunächst in den Kommissionen, dann aber auch in der entscheidenden Plenarsitzung des Reichstages, der Weltmann Bollwegische Finanzplan zum Siege gelangte, der darauf abzielte, durch Vermuth direkte Steuern zur Deckung der Mehreinnahmen zu vermeiden.

Wie stehen also in dieser wichtigen Frage vor einer ganz neuen Parteikonstellation. Unter dem Segen der Regierung hat der schwarz-blaue Wad, der an sich nur über eine Widerbeheit im Reichstage verfügt, sich die nationalliberale Partei als Stützpunkt angeeignet und ist dadurch zur Reichsregierung gekommen. Unter dem schwarz-blau-gelben Banner hat sich wieder genau der nämliche Wad zusammengefunden, der im Jahre 1908 dem deutschen Volke die unheimlichwagere Zollpolitik eintrachtete, und wie damals sind es jetzt auch wieder die Nationalliberalen, denen der schwerere Teil der Schuld daran beizumessen ist, weil sie erst ihrer Schwelbung nach rechts der Reaktion die Oberhand verleiht haben.

Daß der nationalliberale Wadellopf wieder in die reaktionäre Bundesgenossenschaft hineingeworfen ist, hat allerdings in der Zusammenfügung dieser sogenannten Mittelpartei ihre natürliche Ursache. Den Kern der nationalliberalen Partei bildet die Handelskapital, obgleich dieses noch fast an der Reichsfinanzpolitik festhält, die deshalb auch in der Betonung liberaler Forderung etwas zuverlässiger ist als die nationalliberale Partei. Das nationalliberale Unternehmertum ist an sich allerdings numerisch viel zu schwach, als daß es

im heutigen Deutschland, rein auf sich selbst gestellt, eine große Partei am Leben erhalten könnte. Es hat aber eine große Anzahl von ihm abhängiger Leute zu seiner Verfügung. Seine Angehörten folgen ihm teils aus anzerogenem Schicksam, teils unterwerfen sie sich seiner Leitung aus Angst vor der Vortollsmachung. Dann aber tritt ihm zur Seite die große Schaar der Mitglieder akademischer Berufe, die durch Familienverbindung und persönliches Interesse mit der Kapitalistenklasse verflochten und verflochten sind. Seine Partei zählt so viel Akademiker in ihren Reihen, wie die nationalliberale. Diese Schichten sind aber gleichzeitig die Hauptvorkämpfer der Partei und die Träger sowohl der nationalen wie der liberalen Ideologie, mit der das kapitalistische Interessengruppe der nationalliberal benannten Interessentpartei des Großkapitals umfledet ist.

Aus dem Widerspruch, in dem die eigentlichen wirtschaftlichen Interessen der Partei zu ihrem ideologischen Kampfs leben und ferner aus dem nicht minder tiefgehenden Widerspruch zwischen den Interessen des kapitalistischen Kerns der Partei und den ihres Anhängels von abhängigen Existenzen erklärt sich denn auch das fortwährende Schwanken und Wanken, erklärt sich auch der ewige Widerspruch zwischen liberalen Reden und reaktionären Taten, durch den die nationalliberale Partei sich mehr oder als irgend eine andere bürgerliche Interessengruppe auszeichnet.

Die fortschreitende Entwicklung bringt es aber auch mit sich, daß der Wadellopf, wenn er anfangs auch auf die Seite der Opposition hinüber zu rutschen scheint, doch schließlich immer wieder in das reaktionäre Nationalvolk gerät. Denn die nachsichtige Anhängerschaft der jetzt zunehmenden Sozialdemokratie zieht mehr und mehr die Seiten der Angehörten aus den Reihen der kapitalistischen Parteien herüber in die Partei des proletarischen Klassenkampfes hinein. Trotzdem also dieser sogenannten „neue Mittelstand“, der aus den Angehörten und den Mitgliebern der freien Berufe besteht, sich stetig vermehrert, weil das Großkapital die kleinbürgerlichen Existenzen vernichtet oder sie in seine Dienste zwingt, verringert sich doch die Anhängerschaft der Partei des Großkapitals durch Abkehrtheit in das sozialdemokratische Lager, die nicht ausbleiben werden durch neue Anwerbungen. Während also das Reaktionsmittels gegenüber den anderen Parteien sich zu ungunsten der nationalliberalen Partei stetig vermindert, wächst innerhalb dieser Partei der kapitalistische Einfluß auf Kosten der anderen Elemente.

So erklärte es sich, daß der nationalliberale Wadellopf unter großem liberalen Geschrei seiner Passagiere in beständig wachsenden Drehungen auf der politischen Ebene von Hindernis zu Hindernis abwärts geschleudert wird, bis er schließlich in den Reaktionssumpf landet. Die Zeit ist nicht mehr fern, daß er überhaupt ein für alle Mal darin versinken wird.

Die Finanzen des Reiches und der Bundesstaaten.

Das haben ersahene 2. Vierteljahrsbericht zur Statistik des Deutschen Reiches veröffentlicht auf Grund der Voranschläge für das Jahr 1911 und der Rechnung für 1909 eine Uebersicht über die Finanzen des Reichs und der Bundesstaaten. Es mußte bei einer solchen Zusammenstellung freilich von der Verschleidenartigkeit der Etatsaufstellung und des Rechnungsjahres in den einzelnen Bundesstaaten abgesehen werden. Folgendes ist nach dem Voranschläge für 1911 das Hauptergebnis dieses Jahres.

	Gesamt- ausgaben	Gesamt- einnahmen	Gesamt- schulden
	in Millionen Mark		
des Reichs	3153	3153	4824
der Bundesstaaten	6097	6083	15570
Reich u. Bundesstaaten	9250	9236	20394

Gegenüber dem Vorjahre sind die Ausgaben des Reiches um 121, die der Bundesstaaten um 228 Millionen Mark, die Einnahmen des Reiches um 121 und die der Bundesstaaten um 123 Millionen Mark gestiegen, während die Schulden des Reiches um 88 Millionen Mark zurückgegangen, die der Bundesstaaten aber um 145 Millionen Mark angewachsen sind. Die Gesamterträge der Einnahmen und Ausgaben sind natürlich wesentlich beeinflusst durch eine Reihe gegenfälliger Zahlungen, die wie z. B. die Materialbeiträge der Bundesstaaten an das Reich und die Ueberweisungen des letzteren an die Bundesstaaten nicht durch Verzahlung, sondern durch Ueberweisung ausgeglichen werden. Die Materialbeiträge hellten sich 1911 auf 212, die Ueberweisungen auf 1835 Millionen Mark, so daß die Mehrleistung der Bundesstaaten an das Reich 485 Millionen Mark beträgt.

Von dem Gesamtaufwand der Bundesstaaten entfallen 3745 Millionen Mark, oder die größere Hälfte auf Steuern, dessen Etat sonach größer als der des Reiches ist. 718 Millionen kommen auf Wahren, 418 auf Sachien, 277 auf Wirrtmetzger ufo.

Die Ausgaben gliedern sich folgendermaßen, wobei wir die ordentlichen und außerordentlichen Ausgaben zusammengefaßt haben:

	für die Erwerbs- einflüsse	für die Staats- renten	zwei- telw. auf Reich resp. Ueberweisung	für die Reich- verwaltung
	in Millionen Mark			
Reich	817	296	163	1887
Bundesstaaten	3153	666	257	2019
Reich u. Bundesstaat.	3970	962	420	3906

Unter den Ausgaben für die sonstige Staatsverwaltung stehen im Reich selbstverständlich an erster Stelle die Ausgaben für das Heer mit 825 Millionen und die für die Flotte mit 468 Millionen. Für die innere Verwaltung gibt das Reich 69 Millionen, für Handel, Gewerbe und Verkehr 13 Millionen, für Schulen, Wissenschaft und Kunst ganze 32 Millionen, also noch nicht den vierten Teil von der Zahl der Ausgaben für die Ausgaben für das Heer und die Flotte aus. Uebrigens obliegt die Pflege der schönen Künste und der Wissenschaften ja auch in erster Linie den einzelnen Bundesstaaten, die dafür 1911 insgesamt rund 450 Millionen Mark ausgeben.

Die Einnahmen setzen sich demgegenüber folgendermaßen zusammen:

	Erwerbs- und Staats- renten	Steuern und Zölle	Uebersch. des Reichs, resp. Ueberw. von Bundesstaat.	Sonstige Einnahmen	Gesamte Einnahmen
	in Millionen Mark				
Reich	904	1793	18	257	1652
Bundesstaaten	3987	997	261	241	2001
Reich u. Bundesstaat.	4891	2790	279	498	5458

Greifen wir die Einnahmen und Ausgaben für Erwerbs- und Staatsrenten heraus, so zeigen die letzteren über die letzten in Reich und Bundesstaaten zusammen einen Ueberschuß von 1068 Millionen Mark. Das ist also die Reineinnahme, die Reich und Bundesstaaten aus dem Betrieb ihrer Erwerbsinstitute haben. Davon entfallen 730 Millionen Mark auf die Staatsrenten, die damit den Löwenanteil der Erwerbs-Einnahme aufbringen. Es folgt die Einnahme aus den staatlichen Forsten, die sich auf 145 Millionen Mark belaufen. An dritter Stelle stehen Post und Telegraph, die 106 Millionen bringen. An der vierten Stelle stehen die Steuern, Wahren und Wirtmetzger beteiligt. Zu erwähnen sind noch 82 Millionen Mark, die als Reineinnahme aus den Staatsdomänen fließen.

Endlich dürfte es noch von Interesse sein, die Zusammenfassung der Einnahmen in Reich und Bundesstaaten aus Steuern und Zöllen zu erfahren. Von dem Gesamtertrag in Höhe von 2795 Millionen Mark entfallen 758 Millionen (1.67 Mark pro Kopf) auf die direkten Steuern, 1566 Millionen Mark (34.12 Mark pro Kopf, also mehr als das Doppelte) auf die Zölle und Umsatzsteuern, 344 Millionen (5.3 Mark pro Kopf) auf die Erbschafts- und Schenkungssteuern, 106 Millionen (2.36 Mark pro Kopf) auf die Erbschafts- und Schenkungssteuern, 82 Millionen (1.86 Mark pro Kopf) auf die Erbschafts- und Schenkungssteuern. Von dem Gesamtertrag in Höhe von 2795 Millionen Mark entfallen 758 Millionen (1.67 Mark pro Kopf) auf die direkten Steuern, 1566 Millionen Mark (34.12 Mark pro Kopf, also mehr als das Doppelte) auf die Zölle und Umsatzsteuern, 344 Millionen (5.3 Mark pro Kopf) auf die Erbschafts- und Schenkungssteuern, 106 Millionen (2.36 Mark pro Kopf) auf die Erbschafts- und Schenkungssteuern, 82 Millionen (1.86 Mark pro Kopf) auf die Erbschafts- und Schenkungssteuern. Von dem Gesamtertrag in Höhe von 2795 Millionen Mark entfallen 758 Millionen (1.67 Mark pro Kopf) auf die direkten Steuern, 1566 Millionen Mark (34.12 Mark pro Kopf, also mehr als das Doppelte) auf die Zölle und Umsatzsteuern, 344 Millionen (5.3 Mark pro Kopf) auf die Erbschafts- und Schenkungssteuern, 106 Millionen (2.36 Mark pro Kopf) auf die Erbschafts- und Schenkungssteuern, 82 Millionen (1.86 Mark pro Kopf) auf die Erbschafts- und Schenkungssteuern.

Politische Uebersicht.

Halle a. S., den 27. Juni 1912.

Dreiklassenauswahlen im bayerischen Landtage.

Am Schluß der Mittwochsfeier, in der der Etat des Innern beraten wurde, kam es zu einem seit zwei Jahrzehnten im bayerischen Landtage nicht erfolgten Zusammenstoß zwischen dem Reichstium. Genosse Frank sprach über die Nichtbeibehaltung sozialdemokratischer Abgeordneter und Bürgermeister. Das frühere Ministerium hat von großem Interesse, je nach Lage der Verhältnisse. In großen Gemeinden hat es die Wahl von Sozialdemokraten bestätigt, in kleineren Gemeinden aber die Befähigung verweigert. Von einem grundsätzlichen Ausschluß der Sozialdemokraten als Bürgermeister und Abgeordneter war jedoch keine Rede. Die früheren Minister hatten also, so schloß Genie, jedenfalls vor der Verfallung mehr Achtung und Respekt als die jetzigen. (Gehört. Sehr richtig links.) Vizepräsident Frank erwiderte, es sei nicht möglich, wenn auch auf indirektem Wege, einen Minister die abschließliche Mitbestimmung der Verfassung vorzuziehen. (Großer Widerspruch links.) Genie: Es kann gar kein Zweifel darüber sein, daß die Nichtbeibehaltung sozialdemokratischer Bürgermeister ein glatter Verfassungsbruch ist. (Stürmische Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Vizepräsident Frank: Ich muß Ihnen Gehör verschaffen konnte, erklärte, er rufe den Redner abermals zur Ordnung, denn sein Verhalten verstoße gegen die Ordnung des Hauses. (Entwärtungsturm links.) Genie: Ich möchte nicht erlösen, daß ich in aller Ruhe dem Redner beistehe, daß er im Unrecht ist. Wie wird hier als Volksvertreter und haben das Recht, Beschwerden gegen die Regierung vorzubringen, und wenn wir finden, daß die Regierung sich mit Gesetz und Verfassung in Widerspruch gesetzt hat, so müssen wir das auch sagen dürfen. (Stürmische Zustimmung links.) Ich würde den Präsidenten bitten, sich die ganze Sache nochmal zu überlegen, und er wird einsehen, wie unrecht er hat. — Vizepräsident Frank wird geltend, daß das Wort „Verfassungsbruch“ in diesem Zusammenhang sicherlich nicht etwa bloß die objektive Tatsache einer Ver-

fassungserhebung enthalte, sondern die subjektive Ansicht der Bevölkerung und Wahrung der Verfassung ausdrücken sollte. (Stürm. Zwischenrufe links: In solcher Unterbrechung fehlt Ihnen ja die Intelligenz!) Im übrigen, schloß Frank, könne an das Haus appelliert werden. — Abg. Sühleim (Soz.): Es ist eine unbedingte Annahme des Präsidenten, dem Kollegen Segib zu verlangen, daß er endlich seine Meinung im Ausdruck ausspricht. Wenn wir die Überzeugung sind, daß eine Wahlnahme der Regierung eine Verletzung der Verfassung darstellt, so ist es unsere verdamnte Pflicht und Schuldigkeit als Volkstretter, das auch zum Ausdruck zu bringen. Die Nichtbeachtung von Sozialdemokraten als Bürgermeister ist eine Wahlnahme, die im klaren Widerspruch steht mit den Bestimmungen und dem Geiste der Verfassung. Wir haben die Verpflichtung und es ist unser gutes Recht, dies zum Ausdruck zu bringen und werden uns in diesem Recht nicht irren machen lassen, sobald ein Minister die Verfassung bricht. Ich nehme den Ausdruck des Kollegen Segib an und wiederhole ihn unter der vollen Zustimmung einer ganzen Fraktion. (Stürmisches Bravo! links.) — Vizepräsident Frank rief nunmehr auch Segib zur Ordnung. (Lärm links.) — Segib verlangte nun Abstimmlung über die Berechtigung des Ordnungsrates und der Wörtchenziehung. — Vizepräsident Frank: Das ist der ordnungsmäßige Weg, den auch ich für das allerbeste halte.

Es folgte die Abstimmung, deren Resultat vom Präsidenten für zweifelhaft erklärt wurde; aber es schien unzweifelhaft, daß bei der schwachen Vertretung der rechten Seite des Hauses die Linke die Mehrheit hatte. Vizepräsident Frank proklamierte nun namentliche Abstimmung, um Zeit zu gewinnen, schwarze Hülfsgruppen aus den umliegenden Kreisen herbeizuholen. Das Resultat war schließlich, daß das Haus mit 64 Stimmen der Rechten gegen 42 Stimmen der Sozialdemokraten und Liberalen das Vergehen des Präsidenten billigte, so daß dem sozialdemokratischen Neben das Wort entgegen blieb. Die Sitzung wurde nach einigen weiteren Reden zur Sache unter großer Bewegung geschlossen.

Freisinn und gleiches Wahlrecht.

Eine Fälschung von der Reaktion.

Der bremische Liberalismus hat sich bekanntlich nicht nur begnügt, im scharfen Gegensatz zu allen liberalen Grundrissen in der Bürgerchaft den sozialdemokratischen Antrag auf Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts abzulehnen, er hat diese seine Haltung auch noch in dem Augen der bremischen Liberalen, der Weser-Regierung und berechtigten lassen. Dafür wird ihm nun von der Reaktion die verdiente Fälschung zuteil. Die liberale, Radik. Redn. schreiben nämlich zu der Verewaltung liberaler Grundriss durch die Weser Zeitung:

„Es ist nicht abzulehnen, wie unter dem Gesichtspunkte des Wahlrechts ein Lebensunterschied zwischen dem preussischen und dem bremischen Staat gemacht werden solle. Preußen ist so gut wie Bremen ein deutscher Bundesstaat. Beide Staaten haben in wirtschaftlicher Hinsicht außerordentlich große Vermehrung zu tragen, in beiden Staaten liegt und fällt die Erziehung und das Wohlfühlen einer sehr zahlreichen Arbeiterbevölkerung mit dem Elben und Gebelien von Handel und Wandel, in beiden Staaten sind für die große Mehrheit der Bevölkerung, Industrie und Export die unvermeidlichen Lebens- und Erziehungsbedingungen. Ein Unterschied besteht allerdings insofern, als der bremische Staat im Gesamthabitus des deutschen Reiches von sehr viel geringerer Bedeutung ist als der preussische Staat mit seiner vielfach größeren Bevölkerung und mit der Stellung, die er an der Spitze der deutschen Bundesstaaten einnimmt. ... Wenn also der bremische Liberalismus die Forderung der gemeinsamen und gleichen Wahlrechte für den bremischen Staat abgelehnt hat, so müßte der preussische Liberalismus für den preussischen Staat aus voller Überzeugung dasselbe erst recht tun!“

Die Artikelreiter im preussischen Landtag haben wiederholt den Antrag gestellt, das Reichstagswahlrecht für die preussischen Landtagswahlen einzuführen. Und sie behaupten, daß ihre Anträge ernst gemeint waren. Von dem verstorbenen Abgeordneten Traeger, der früher diese Anträge wiederholt begründete, darf man auch ohne weiteres annehmen, daß er ehrlich betreibt war, das schmachvolle preussische Wahlsystem zu brechen. Wie sieht nun aber dieser Fortschritt bei dem, wenn ihm juristische und kapitalistische Schachmacher die Erlaubnis des bremischen Liberalismus, wie hier geschrieben, entgegenhalten können? Wie stellt sich dieser Fortschritt auf der Charakterfestigkeit der Weser-Zeitung, deren hervorragender Mitarbeiter der frühere fortschrittliche Vertreter Bremen's im Reichstage, Gormann, ist? Entweder muß

die fortschrittliche Partei die Bremer Liberalen rüchdichtlos zurechtweisen, oder sie muß sich gefallen lassen, als mitläufig betrachtet zu werden. — Die Freundschaft der Fortschrittler zum gleichen Wahlrecht ist schon lange nur noch eine reine platonische, und Bremen ist nicht der einzige Ball, wo sich seitdem Feinde des gleichen Wahlrechts sind, wie die ärgsten Reaktionäre!

Zum Stichwahlkampf in Hagenow-Orevesmühlen.

Die sozialdemokratische Parteiliste des Wahlkreises hat an die Parteigenossen die Parole ausgegeben, ihre Stimme am Freitag dem liberalen Kandidaten Sidorow zu geben. Trotzdem verstand das Wahlkomitee der Konservativen und des Bundes der Landwirte ein „ganz vertrauliches Vortrags“, in dem es heißt:

„Im Auftrage des Wahlvorstandes der Konservativen und des Bundes der Landwirte teilen wir Ihnen mit, daß unsere Zwecke durchaus noch nicht ausschließen ist zur Stichwahl. Nach ganz sicherer Auskunft wird der Präsum in der Stichwahl seinen Zuwachs an Stimmen erhalten, und da er nur 200 Stimmen mehr hat als Pauli, so sind diese leicht zu überholen.“

Wir bitten jeden einzelnen Vertrauensmann und Stellvertreter, jetzt unbedingt seine Pflicht zu tun, und seinen ganzen Einfluß bei der Stichwahl am 28. Juni einzusetzen. Es muß jeder für uns fähigen Mann an die Urne gebracht werden, und sollte es selbst mit Wangen sein müssen, ihn vom Felde zu holen. Die Urnen werden erst ...“

Zur selben Zeit, wo der Leiter des konservativen Wahlbureaus, Herr Stange, dieses Schreiben an die Parteigenossen weitergab, vertrat er, und darin behauptete, ganz fähigen Zustand zu haben, daß der Präsum in der Stichwahl seinen Stimmenzuwachs bekomme, wurde — wie das Ver. Tagbl. schreibt — von demselben Herrn Stange ein konservatives Flugblatt verbreitet, in dem es u. a. heißt: „Der liberale Kandidat, Oberlehrer Hans Sidorow, sei der Vertreter des freisinnig-sozialdemokratischen Schubs und Trübendnißes!“ — Ist das nicht politische Heuchelei im höchsten Grade?! Die armen konservativen Schächer scheinen ob des bevorstehenden Mandatsverlustes bereits den Verstand verloren zu haben!

Die bayerische Zentrumsregierung gegen Guttempler.

Der bayerische Kultusminister v. Knilling hat an einer Erklärung an die Kreisregierungen und an die Schulen herausgegeben, in dem er in starkem Maße die von württembergischer Seite an, vor längerer Zeit schon vom Würzburger Bischof erlassenen Diktanden Stellung nimmt gegen den Guttemplerorden, der von Heidelberg aus eine Bewegung zur Gründung von Entschlafensvereinen unter der schulpflichtigen Jugend einleiten wollte.

Der Erlass erkennt zwar die Wichtigkeit der Erziehung zur Sittlichkeit an, findet aber ernste Bedenken darin, daß auf diesem Wege die Schuljugend im Rahmen einer internationalen Organisation fremge, Geschwulstigen gegen eine geheime internationale Oberleitung unterworfen sei, ferner, daß in den Augenblenden der Guttempler auf die unmaßstäbliche Mehrheit, Schule und Familie, nicht entsprechende Rücksicht genommen werde, und schließlich, daß die Jungen die Augen zu schließen und die Pflichten gegenüber Eltern, Verwandten und der Menschheit und des Pflichtgefühls erlöschen. Auch wirtschaftliche Gründe sprachen gegen den absoluten Antialkoholismus der Guttempler.

Eine Bewegung, die gleichzeitig für die interkonfessionelle Moral und die Entschlafensfrage Propaganda macht, legt die Art an die wichtigsten Wurzeln des Herrschaftlichen Regiments. Am besten würde es schon sein, gegen die Guttempler einen anderen Schen zu stiften, der mit der Devise Religion ist nicht Alkohol die Feinde der bayerischen Staats- und Gesellschaftsordnung besänftigt.

Deutsches Reich.

— Ministerialrat gegen die Eigener. Die preussische Regierung hat offiziell den Kampf gegen die Eigener aufgenommen. Die Nord. Allg. Ztg. meldet: „Die Bekämpfung der Eigenerfrage jetzt, auf dem Antrage des Ministers des Innern für Preußen durch einseitige Polizeiverordnungen der Oberpräsidenten erfolgt. Danach ist Eigenern und nach Eigenern umherziehenden Personen das Zusammenziehen in Herden auf öffentlichen Wegen, Straßen und Plätzen verboten. Als Herde gilt eine Vereinigung mehrerer Familien oder einer Vereinigung einzelner Personen mit einer Familie, zu der sie nicht gehören, es sei denn, daß es sich um Personen handelt, deren Mitführung durch Berner

in einem Wandererwerbsein ausdrücklich erlaubt ist. Zusammenziehungen sollen mit Geldstrafe bis zu 10 Mark, aber mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft werden. Die Regierungen der übrigen Bundesstaaten beschäftigen Verordnungen gleichen Inhalts zu erlassen. Damit wird ein einheitliches Vorgehen gegen das Eigenerummi für das ganze Reichgebiet gesichert.“

— Das neueste Flugblatt des Reichsverbandes. Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie hat die Rede, die der Reichstag Freiherr von Büchburg am 20. Mai im Finanz-ausschuß der bayerischen Reichstagskammer über die „sozialdemokratische Gefahr“ gehalten hat, als ein besonderes Flugblatt mit dem Titel Eine süddeutsche Stimme die Sozialdemokratie herausgegeben. Die Rede, die die „süddeutschen Stimme“ mit der Reichsversammlung, wie es in dem bürgerlichen Freigezogenen Wahlscheit heißt, der leider auch von einzelnen amtlichen Stellen genährten Legende, daß die Sozialdemokratie in Süddeutschland „harmloser“ sei als im Norden, übergehend und gründlich aufzuweisen. Viel Glück wird der Verband auch mit diesem Maßwerk nicht haben.

Oesterreich-Ungarn.

Die Gewaltthätigkeit in Ungarn. Aus Budapest wird uns berichtet: „Der ungarische Oberstaatsanwalt hat am Mittwoch eine Sitzung ab, die nur eine Stunde dauerte, in der aber die Magnaten 34 (1) Gesetze erließen, darunter auch das Aestruetzgesetz. — Am Donnerstag hält der Reichstag seine letzte Sitzung ab. Er wird sich bis zum 17. September verlagern.“

Unter Budapest Parteimitglied, die Wepzawa, wurde am Mittwoch wieder konstituiert, angeblich wegen „Wahlrechtsbeileidigung und Mißachtung der Verfassung“. Der Bürgermeister der Hauptstadt hat der Zeitung das Koportagericht entzogen. Die Partei ließ sofort riesige Plakate machen und, da in Budapest das alleinige Recht zum Plakatieren die Stadtverwaltung besitzt, die Plakate vor den Toren der betr. Abteilung zur Plakatierung übergeben. Diese Behörde schloß aber die Plakate zurück, angeblich, weil auf den Plakatsäulen kein Platz dazu sei. Inneere Genossen gaben sich damit nicht zufrieden und verlangten, daß die Plakate am Donnerstag oder Freitag angeheftet würden; jedoch die Herren verweigerten das Ankleben der Plakate.

Nach einer Verhandlung des Handelsministers als Chef der ungarischen Staatsbahn wurde unser Vertretergenosse auch von sämtlichen Bahnhöfen des Landes ausgeschlossen, so daß er dort auf den Bahnhöfen nicht mehr an Reisende verkauft werden.

Am Sonntag findet wieder eine große Anzahl von Versammlungen statt. Auch Erlass des Landesverteidigungsministers werden, am 1. d. M. beginnend, vorläufig 3000 Soldaten dem Polizeidienst im Lande zugeteilt. Ein weiteres Regiment Infanterie soll nach Budapest dirigiert werden, angeblich, um die Urheber zu erziehen, in Wirklichkeit aber, um das Volk im Jaum zu halten.

England.

Ein Zwischenfall im Unterhaus. Im Zusammenhang mit der Frage der Bekämpfung der Anhängen des Frauenemancipations im Unterhaus und ihrem Ungeheuer forderte der Abg. Gesh am Dienstag den Premierminister Asquith auf, die Frauen, die wegen Unterwerfen von Fenstern zu Zwangsarbeit von verschiedener Dauer verurteilt worden waren, freizulassen. Asquith erwiderte, Asenna habe bereits die Erklärung abgegeben, wie die Gefangenen unverzüglich freigelassen werden würden, wenn sie verurteilt werden, so geht in der Entschleunigung des Sozialisten Lansburn. Er fand fälschlich auf und ging von seinem Sitz auf die Ministerbank zu, erob seine Faust gegen Asquith und rief aus: „Sie sollten aus dem öffentlichen Leben hinausgetrieben werden. Sie sind ein verächtlicher Mensch. Sie werden der Gefängnisse angehören als der Mann, der unschuldige Frauen martierte. Sie wissen, daß die Frauen das Verprechen nicht geben können. Es ist nicht ehrenhaft, es von ihnen zu fordern.“ Der Sprecher befahl ihm darauf, das Haus für den Rest der Sitzung zu verlassen. Lansburn weigerte sich, indem er erklärte: „Ich gehe nicht, während ich nicht umgehenden Dinge geschehen.“ Der Sprecher wiederholte darauf seinen Befehl mit Nachdruck, aber vergeblich, und verband mit der dritten Aufforderung die Warnung, daß, wenn dem Befehl nicht Folge geleistet würde, Gewalt angewendet werden würde. Lansburn gab schließlich dem Drängen seiner Kollegen nach und verließ das Haus. Damit war der Zwischenfall erledigt.

Frankreich.

Der Vätermeisterfreitag in Toulouse ist am Mittwoch wirklich ausgebrochen. Die Stadterhaltung hat die militärischen

Wie Amerika seinen Präsidenten wählt.

Selbst für das Land der unbegrenzten Möglichkeiten sind die Vorgänge, die sich auf dem Kontinent der republikanischen Partei in Chicago abspielten, haben, unvorher und fast beispiellos, viele Fremden der gesamte Welt diesen Kampf zwischen den einzigen Freunden der Demokratie und der Freiheit, von dem inneren Getriebe und dem Funktionieren der Parteimaschine, mehr als ein verdammtes Bild zu haben. Denn das System, nach dem die Vereinigten Staaten ihren Präsidenten wählen, ist höchst kompliziert, verwickelt und umständlich. Die Mittel und Wege, die eingeschlagen werden, um letzten Endes den Delegaten für den ausschlaggebenden Nationalkongress jeder Partei zu erwählen, sind beinahe von Kreis zu Kreis, von Ort zu Ort verschieden und dabei umfassen die Vereinigten Staaten ein Gebiet, das sechshundertmal so groß ist wie das Deutsche Reich. Diese ungeheure Kompliziertheit des Wahlsystems bringt es mit sich, daß allein vom Beginn der Vorwahlen bis zum Zusammenkommen des Nationalkongresses, auf dem der eigentliche Präsidentenwahlschlacht der Partei „nominiert“ wird (ob er gewählt wird, das entscheidet sich erst fünf Monate später), zwei bis drei Monate vergehen. Diese Vorwahlen sind lediglich der Auslöser der zum Nationalkongress zu entsendenden Delegaten. Sie beginnen mit der Wahl von Kandidaten in den sog. Lokalfunktionen, die nach „Counties“ (Kreisen) und „Congressional Districts“ (Kongress-Wahlbezirken) eingeteilt sind. Oft genug haben aber innerhalb der einzelnen Kreise die verschiedenen Orte noch ihren besonderen Lokalfunktion. Die diesbezüglichen Verpflichtungen sind von Staat zu Staat verschieden, und solche Wahlen sind der Gewöhnlichkeit nach, der Wahl der Bundesstaaten wohl ohne weiteres, auf diese Einzelheiten bei diesen Vor- oder Primarwahlen einzugehen, verzieht sich daher von selbst. Wissen muß man nur, daß die aus den Lokalfunktionen hervorgehenden Delegaten, die also den Urwahlen der stimmberechtigten Bürger ihr Mandat

verhandeln, ihrerseits erst wieder Delegaten zu den Staatskonventionen wählen. Diese einigen sich, zumeist erst nach erbittertem Ringen, über die Delegaten, die sie zum Nationalkongress, der höchsten Instanz, die über die Kandidatenausstellung für die Präsidentenwahl zu entscheiden hat, entsenden.

Wer nun glaubt, daß dieses Wahlsystem, wenn auch sehr kompliziert, so doch nicht gerade für den Nichtamerikaner völlig unverständlich sei, der irrt sich. Denn was bei der Wahl der Delegaten alles an mehr oder weniger verdorbenen Schleichwegen hinter den Kulissen, was an unheimlichen Manövern im Schilde der Parteileitung hergehört, das ist in dem europäischen Wahlrecht nicht gekannt. Es gibt überhaupt keinen verwirklichten Mechanismus als eine amerikanische „Parteimaschine“, wie man die das ganze riesige Land bis zu den entlegensten Farmen umfassende Organisation der beiden großen Parteien der Republikaner und der Demokraten nennt. Nur so ist es zu verstehen, daß auf dem Nationalkongress der Republikaner zu Chicago gegenwärtig geradezu ungläubliche Wanderer mit den Negerdelegaten aus den Südstaaten angeheftet werden. Unter diesen gibt es solche, die freilich wenig sind, um aus ihrer Stimme in die Welt als möglich herauszufallen. Zu unerschütterlicher Weite fließt ihre Redebereitschaft, die Vertrauensleute der beiden Kandidaten, und während die einen die Nächte hindurch durch alle Vergnügungslokale Chitlows geschleift werden, um sie mürbe zu machen, hält man die anderen bei wüsten Gelegen, bei denen der Sekt in Strömen fließt, fest, um die Gegner gar nicht erst an sie herankommen zu lassen. Die größte Ungerechtigkeits des Wahlsystems liegt nämlich darin, daß die Zahl der von den einzelnen Staaten zum Nationalkongress entsandten Delegaten unabhängig ist von der Zahl der Parteianhänger im Staat. In den Südstaaten z. B. ist die ganze wüsten Bevölkerung demokratisch, republikanisch wählen lediglich die Negern, die ja den Republikanern der Nordstaaten ihre Freireise aus der Sklaverei zu verdanken haben. So kommt es, daß tatsächlich auf dem republikanischen Kongress die Negerdelegaten vermutlich den Ausschlag geben werden.

Ob aber nun Takt oder Mosekuel oder schließlich ein dritter Kandidat in Chicago nominiert werden wird, alles das ist doch

erit ein Vorbild des eigentlichen Wahlkampfes. Buzget bereiten, allerdings ganz in der Stille, ja auch die Demokraten ihren Nationalkongress, der in Baltimore demnächst zusammentreten wird. Erst wenn auch dieser dem demokratischen Kandidaten nominiert hat, beginnt der eigentliche Wahlkampf, während alles, was sich jetzt ereignet, nur ein Vorbild ist. Haben schon während der vergangenen Monate die beiden republikanischen Gegner in Pullman-Cars das ganze Land durchzogen, um ungeschickte Agitationen zu halten, so geht in den letzten Monaten vor der eigentlichen Wahl diese Hejzag, dann von dem republikanischen und dem demokratischen Kandidaten um die Wette vollführt, auf neue Los. In den großen Städten sprechen sie dann in den größten Sälen, die oft 10 000 bis 15 000 Zuhörer fassen; auf den kleineren Stationen in den mittleren und westlichen Staaten wird oft nur ein Zug überschlagen, und die Parteianhänger haben gewöhnlich auf der Station bereits eine Hebentribüne errichtet, zu der sie, wenn der Zug mit dem Kandidaten erwartet wird, mit Musikpfeifen und Bannern ziehen.

So kommt schließlich der Wahltag heran, der stets am Dienstag nach dem ersten Montag im November ist. Aber auch dann wird der Wähler selbst noch nicht gewählt; die Wahl ist vielmehr indirekt, und die Bürger der Vereinigten Staaten, die Urwähler, wählen in jedem State eine Anzahl von Wahlmännern, die der Gesamtzahl der Senatoren und Repräsentanten, zu der der Staat im Kongress berechtigt ist, gleichkommt. Die Wahlmänner werden aber von vornherein auf den Namen eines bestimmten Kandidaten gewählt, so daß mit der Wahl der Wahlmänner im November tatsächlich bereits entschieden ist, wer in den nächsten vier Jahren Präsident der Vereinigten Staaten wird. Dessen eigentliche Wahl erfolgt erst im Januar; sie wird aber als förmliche Laum mehr benötigt. Der ganze geradezu gigantische Wahlkampf müßt sich an den Tag der Urwahlen im November, wenn die Bürger an die Urne treten. Die amerikanischen Großstädte gleichen an diesem Tage beinahe einem Volksbad; auf den Straßen und in den öffentlichen Lokalen, die mit ungeschickten Bannern, Wahlplakaten, Transparenten und bergleichen ausgestattet sind, herrscht ein unbeschreiblicher Kartenschaubau,

Waffen requiriert und für dessen Herstellung von 1000 Kilogramm Brot vorgesehen, doch haben die Anwohner erkl.ärt, daß sie der Stadtverwaltung kein Mehl liefern können, um sich nicht mit den freilebenden Wädern zu überweiden. Man erwartet, daß die unliebsamen Ortsgenossen die Stadt mit Brot unversorgt werden, wie auch angenommen wird, daß der Streik nicht von langer Dauer sein wird, da von den 100 Wädern nur 70 die Lieferung von Brot verweigern. Ein Teil der Wädler erklärte, daß die Forderungen ihrer Kollegen zu hoch seien, wo doch die Stadtverwaltung 15 Cent. Aufschlag bemittelt habe. Von den etwa 300 in den Wädlerreien der Stadt angestellten Gefellen haben 80 beschlossen, sich in den Dienst der Stadtverwaltung zu stellen.

Sürkei.

Der Zustand in Albanien. Die Porte drückt bestimmt die Hoffnung aus, daß es ihr gelingen wird, die albanesischen Aufständischen zu unterdrücken. Eine Proklamation der Sultanischen erklärt, daß sie nichts gegen die Regierung unternimmt, sondern sich gegen die Komitewitschaft auflehnen.

Bei dem Treffen zwischen den Anruatern und türkischen Truppen an der Straße nach Alessio verloren letztere zwei Offiziere und 11 Mann tot und eine Anzahl verwundet. Der Rest ludte sein Geißel in der Flucht. Die Anruatern konnten nicht verfolgt werden, weil die Garnison Alessio gleichfalls den Gehorsam verweigerte. Die Lage in Monastir ist unversändert.

Von amtlicher Seite wird erklärt, daß die Meutererbewegung in der Garnison von Monastir keine so tiefgehende sei, wie die ersten Meldungen erwarten ließen. Nur zwei Kompanien hätten gemeutert. Trotzdem erachtet man es nicht als ratsam, andere Truppen gegen die Meuterer zu entsenden. Besti Pascha bietet alles auf, um die Meuterer auf gutem Wege zu veranlassen, wieder in ihre Garnison zurückzukehren. Die Lage in Ebalen und Alessio hat sich wesentlich geändert. Auch dort scheinen die Truppen nicht geneigt zu sein, gegen die aufständischen Anruatern vorzugehen.

Amerika.

Der Nationalkongress der demokratischen Partei in Baltimore zeigt ähnliche Erscheinungen wie der der Republikaner in Chicago. Bryan, der „Moosfresser“ der Demokraten, hat im Kampfe um die Kontrolle des Nationalkongresses seine erste Niederlage erlitten. Der Kongress wählte den früheren Vizepräsidenten der Partei mit 570 Stimmen zum zeitweiligen Vorsitzenden, während Bryan, der selbst für das Amt des Vorsitzenden kandidierte, 506 Stimmen erhielt. Vor der Abstimmung herrschte die wildeste Unruhe. Bryan erklärte, dieselben räuberischen Interessen, die den Chicagoer Kongress zu einer Farce gestaltet hätten, seien jetzt auch hier tätig. Der Delegierte von Texas Johnson erklärte, es handle sich um einen Kampf mit Bryan auf der einen, Wallstreet (der New Yorker Straße, in dem das Bank- und Börsenkapital dominiert) auf der anderen Seite. Der demokratische Kongress wird wahrscheinlich Donnerstag (heute) zur Ernennung des Präsidentschaftskandidaten zusammentreten. Man glaubt, daß Bryan, wenn er geschlagen würde, imstande sei, sich für neu in der Partei Moosfressers anzuschließen und sich ihr als Vizepräsidenten zur Verfügung zu stellen.

China.

Die Republik als Ausherdprojekt. Vor einigen Tagen wurde gemeldet, daß das chinesische Ausherdprojekt, über das seit Monaten zwischen den chinesischen Interhandelern auf der einen und dem von den Regierungen unterführten internationalen Bankensyndikatium auf der anderen Seite gesehacht wurde, zustand gekommen und in Paris unterzeichnet worden sei. Heber den Inhalt des Abkommens erlaube man nichts Näheres, nur das eine ging aus den dürftigen Veröffentlichungen hervor, daß die Finanzämter mit größter Eile ihre Regierungen darauf und dran waren, das bismarckische Reich ganz unversiebart zu begutachten. Während nach einer Meldung des Reuters-Bureaus das Abkommen im allgemeinen dahin geht, China gegen jedwede Millionen Pfund Sterling zu leihen, unterliegt es der Wahl der Bankgruppen, zu bestimmen, wann und in welcher Weise diese Summe vorzugeschickt werden soll, und die Gruppen sind nicht verpflichtet, diese Summe vorzutreten, wenn nicht die Lage Chinas nach Ansicht der Banken für einen solchen Schritt die nötigen Vorwürfe bietet. Die bereits gegebenen Vorwürfe sollen aus der Ansicht zurückgegriffen werden. Die Antiehe wird sich voraussichtlich auf einen Zeitraum von fünf Jahren verteilen. Darüber, ob der Abschluß der Antiehe etwa von der Vertreibung des russischen und japanischen Heerzuges auf die Mongolei und Randchinesen abhängig gemacht worden ist, eine Frage, um die sich die Verhandlungen von Anfang an drehten, schweigt man sich völlig aus. Nach dem obenverwandten Telegramm des Reuters-Bureaus nimmt das Abkommen dank der Sorge, jedes politische Element fernzuhalten, in einem Vertrag auf die russischen und japanischen „Kontingente“. Während auf der einen Seite erklärt wurde, daß die Forderungen, die England und Japan erhoben, als sie die Aufforderung zur Teilnahme an der Antiehe annahmen, noch aufrecht erhalten werden, werde von

andere Seite angedeutet, daß sie von den andern Mächten nicht genommen und in der Folge als Ergebnis eines Kompromisses zurückgezogen worden seien. Welche Erklärung auch richtig sein möge, soviel steht aber fest, daß in dem Pariser Antiehe-Abkommen auf politische Sonderinteressen irgendeiner beteiligten Macht keine Bezug genommen wurde. Das bedeutet mit andern Worten, daß die beiden Antiephen von 1904 zum mindesten von den andern Überwachten nicht daran gehindert werden, jetzt ihre Handliffe gemeinschaftlich zu betreiben. Es ist unter diesen Umständen begrifflich, daß die Regierung der chinesischen Republik sich weigert, den Bedingungen der sogenannten Sechsmächtegruppe zuzustimmen. Wie der New York Herald meldet, haben sowohl der Premierminister wie auch der Finanzminister erklärt, daß die Annahme der vorgeschlagenen Bedingungen nicht nur den Sturz der Minister, sondern auch die Auflösung von den Sübprovinzen bedeuten würde. Die Chinesen legen, daß wenn die sechs Mächte Gewicht darauf legen, daß der Vorschlag angenommen wird, sie eine Änderung daran vornehmen müssen, andererseits sie sich das Geld anderweitig beschaffen würden. Das Staatsdepartement in Washington erklärt, daß China die Sechsmächte-Anleihe wahrscheinlich wegen der Forderung ausländischer Kontrolle der Ausgaben abgelehnt habe. Auch der Vorschlag einer ausländischen Verwaltung des Salzmonopols sei abgelehnt worden. Die Frage ist nur, ob die Weigerung der chinesischen Regierung etwas nützt. Es erscheint so gut wie ausgeschlossen, daß sie imstande sein wird, das Geld, das die Truppenmeuterer in verschiedenen Orten gegen, umgehend braucht, sich auf andern Wege zu verschaffen. Dazu haben die internationalen Finanzämter die Schlingen zu fein gelegt. Die Republik wird sich noch eine Weile abspinnen und zuguterletzt doch noch der Ausherdarbeit ausliefern müssen.

Gewerkschaftliches.

Der Verband der Töpfer Deutschlands.

Blickt am 1. Juli d. J. auf sein 20jähriges Bestehen zurück. Der Töpfer-Verband ist das Organ des Verbandes, weist im Leitartikel seiner neuesten Nummer auf dieses Jubiläum hin und streift dabei kurz den Entwicklungsgang der Organisation innerhalb dieser letzten Jahrzehnte. Als der Verband am 1. Juli 1892 ins Leben trat, verfügte er nur über knapp 4000 Mitglieder in 130 Zweigvereinen. Der damalige Bruderkrieg über zentrale oder lokalistische Organisationsform und der minimale Wochenbeitrag von 10 Pf. führten dazu, daß der Verband anfänglich mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen hatte. Nach und nach jedoch veränderte sich der Kampf um die Organisationsform, die Beiträge wurden erhöht, und der Verband entwickelte sich dann zu seiner heutigen im Töpfergewerbe führende Stellung. Schwere Kämpfe sind ihm dabei nicht erspart geblieben, neben vielen und oft auch großen Streiks mußte die Organisation in den Jahren 1903 und 1906 eine Absperrung der gesamten Ofenformer über sich ergehen lassen. Heute verfügt der Töpferverband über stabile Verbandsfinanzen und in fast allen Orten, wo die Organisation Fuß gefaßt hat, über mit den Interneuern vereinbarte feste Tarifverträge. Im 29. Heftchen des Verbandsbuches finden sich zurzeit über 12.000 Mitglieder, mit welcher Zahl die große Mehrheit der organisationsfähigen Töpfer organisiert ist. Der Töpferverband kann mit diesen guten Fortschritten innerhalb zweier Jahrzehnte wohl zufrieden sein.

Der christliche Gewerkschaftskongress.

Der angegebene christliche Gewerkschaftskongress findet nach Mitteilung der in Köln erscheinenden christlichen Gewerkschafts-Korrespondenz am 6. Oktober in Dresden statt. Hierfür sind folgende Verhandlungsgegenstände vorgesehen: 1. Bericht des Ausschusses des Gesamtverbandes. 2. Die Stellung der christlichen Gewerkschaften, a) zu den politischen und zeitigen Kämpfen der Gegenwart; b) zu den neueren Auseinandersetzungen über Volkswirtschaftslehre und Wirtschaftspolitit. 3. Staatsangelegenheiten und Arbeiter in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung. 4. Stellung und Aufgaben der Gewerkschaften und Christen in den christlichen Gewerkschaften. 5. Das Arbeitsrecht, 6. Arbeitsnachweis und Arbeitslohnfrage. 7. Das Schieds- und Einigungswesen. 8. Die Lebensfrage. 9. Erleuchtung von Anträgen.

Jugendbewegung.

Der württembergische Jugendtag.

Der Jugendtag der württembergischen freien Jugendorganisationen, der am Sonntag, 23. Juni, auf dem Höhenstein a. f. n. abgehalten wurde, gestaltete sich zu einer herrlichen Kundgebung. An die tausend Jugendgenossen und Jugendgenossinnen hatten sich auf dem jugendberühmten Höhenstein gefunden, der einer der schönsten Plätze des hohenstaufischen Koenigsfelsens trug. Genosse Gemeinderat Schwaab-Stuttgart begrüßte die Teilnehmer im Namen des Jugendgenossenschafts und drückte seine Freude aus, daß so viele Jugendgenossen und Jugendgenossinnen dem Ruf: „Proletariat

jugend, heraus!“ gefolgt waren. Nach ihm hielt Genosse Otto Krielle bei lebhaftem Beifall aufgenommene Rede. Sein kräftiger Appell an die Proletariatjugend hat in den Herzen der Hunderte von Teilnehmern und Teilnehmerinnen begeisterten Widerhall gefunden. Den Schluß bildet auf das schönste verlaufene Tagung bildete der Demonstrationstag nach 6 Uhr ab. Mehr als 800 Jugendgenossen und Jugendgenossinnen ordneten sich auf den Auf in die Reihen. In Goppingen, das anlässlich des Württembergischen Arbeiterbundesfestes in Stuttgart und Göttingen prangte, erregte der stätliche Zug der Proletariatjugend, der die ganze Hauptstraße einnahm, berechtigtes Aufsehen. Und wer ihn nicht sehen wollte, der mußte ihn gewiß hören. Abmehlend wurden beim Durchmarsch der Stadt die Parteiliste, die Internationale und andere bekannte Arbeiterlieder gesungen, die den Spielern ein Grenz sind. Ein Ertragsgeld brachte die Teilnehmer und Teilnehmerinnen wieder ihren heimatischen Orten zu.

Der württembergische Jugendtag auf dem Höhenstein wird die schönste Proletariatjugend anspornen, unter den noch abwärts stehenden Klassenbrüdern und Klassenwestern das Licht der Aufklärung zu verbreiten und diesen Kampfzügen, daß ihr Platz nicht in den Reihen Jung-Deutschlands ist, sondern in denen des kämpfenden Jugendproletariats.

Allerlei.

Explosionsunglück in Ctrafsund.

Wittmoos morgen 8 Uhr erfolgte in der chemischen Fabrik-Anstalt und Dampferei von H. Wegener eine Explosion, bei der mehrere mit Benzin gefüllte Reinigungsmaschinen in Brand gerieten. Sechs Personen wurden schwer verletzt, darunter der Arbeiter Rudolf Wegener und sein 12-jähriger Sohn, der um 11 Uhr vormittags starb. Der 41-jährige Arbeiter Stroger ist so schwer verletzt, daß sein Tod jede Minute zu erwarten ist. Ferner sind zwei Arbeiter und die Wirtsfrauen, die bei der Detonation, die der Explosion folgte, aus dem Laden gestürzt war, verletzt.

Riefenuntersuchung bei der Dresdner Bank.

Ein Kassenbote der Dresdner Bank in Berlin hat es auf unheimlich raffinierte Weise verstanden, 200.000 Mark zu unterzählen und mit der Summe zu verschwinden. Nachdem die übrigen Kassenboten, die nichts bemerkt hatten, mit dem Kassazahlen fertig waren, übergeben sie die Beträge dem Hauptkassierer. Er stellte sich nun heraus, daß 300.000 Mark fehlten. Obwohl sich schon mehrere andere Kassenboten aus dem Zimmer entfernt hatten, vermutete man doch, daß der Kassenbote H. Gruning derjenige sei, der das Geld entwendet hatte. Man ging in dieser Annahme nicht fehl, denn der Bote hatte sich unheimlich unter Minnahme des Geldes schleunigst aus der Bank entfernt. Es ist bisher noch nicht gelungen, den Kassenboten noch nicht gefangen, ihm auf die Spur zu kommen. Es handelt sich um einen ca. 40 Jahre alten verheirateten Mann, der schon fünf bis sechs Jahre bei der Bank tätig war.

Krieg im Frieden.

An Bord des französischen Panzerschiffes „Le Richelieu“ ereignete sich beim Heben der Anker in der Nähe von Toulon ein Unglücksfall. Während mehrere Matrosen damit beschäftigt waren eine Kanone zu laden, explodierte plötzlich deren Lauf, insofern infolge Überladung. 20 Matrosen, die in der Nähe standen, wurden zu Boden gemorren. Einige, die weiter entfernt waren, wurden ebenfalls durch die umherfliegenden Splitter schwer verletzt. Man zählt ungefähr 20 Leicht- und 6 Schwerverletzte. Unter den Schwerverletzten befindet sich auch der Offizier, der die Schießübungen leitete.

Er macht die Blinden sehend.

Aus London ist mit gemeldet: Der Erfinder des Optophons, Alexander Nibbe, füllte gestern in London ein in einem Verzeichnis vermitteltes Licht. Es wurde bei den Experimenten den Blinden möglich, Licht und Schatten zu unterscheiden und auch die Zahl der vor dem Apparat aufgestellten Personen anzugeben. Der Erfinder hofft auf eine große Verwirklichung seines Antragens.

Keines Allerlei.

Am Prozeß Ostfisch, wegen der Proletariatereit der oberirdischen Berlin, verurteilte die Weutener Strafkammer den Buchhalter Wed zu 3½ Jahren Gefängnis. Frau Wed zu 100 M. Geldstrafe. Die Ehefrau und die Tochter Wiesens wurden zu zwei Monaten bzw. 4 Monaten 2 Wochen Gefängnis verurteilt. Drei Angeklagte wurden freigesprochen. Am Montagabend ging gestern nachmittag ein wolkenbruchartiger Regen nieder. Das Wasser steht im Durchschnitt niederen Standteil ½ Meter hoch. Der Feldstand ist sehr groß. Der Regen dauert an. Der Wasserstand in den Gassen ist sehr hoch. Die Regenzeit ist noch nicht am Stillstand gekommen. Heber Nacht ist die Lage im Schacht noch um vier Meter getiegen, so daß sich der Wasserpiegel jetzt nur noch 36 Meter unter der Erdoberfläche befindet. Der nationale liberale Parteisekretär für den Württemberg, Baummann, a. D. ist in einem auf der Barrow freibenden Boot man seinen Heberzieher und blutbedeckten Tod. Man nimmt es sich in ord an.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

Lebensmittel

Freitag = Sonnabend

Nussbaum

Kakao rein	5 Pfund	65	Halermehl	5 Pfund	35	Nimbeersirup	5 Pfund	48	KL. Landschinken	5 Pfund	125
Hausch.-Schokolade	5 Pfund	65	Reismehl	5 Pfund	22	Zitronensirup	5 Pfund	45	Cervelatwurst	5 Pfund	105
Hausm.-Mudeln	1/2 Pfd.-Paket	15	Sagomehl	5 Pfund	30	Oel-Sardinen	Dose 35	28	Knackwurst	5 Pfund	70
Faden-Mudeln	1/2 Pfd.-Paket	14	Linsen	5 Pfund	17	Sardinen I. Tomat.	Dose 45	45	Mettwurst	5 Pfund	98
Haterrflocken	5 Pfund	22	Weisse Bohnen	5 Pfund	18	Bratberinge	Dose 55	55	Landheerwurst	5 Pfund	50
Einmache-Zucker	ohne Glas 5 Pfund	25	Frische Erdbeeren	4 Stück	10	Frische Salat-Gurken	10 Stück	10	Allerfeinste Molkereibutter	1/2 Pfund	63
Waffelbruch	1/2 lb	25	Zitronen	4 Stück	10	Russische Sardinen	Glas 24	24	Rotwurst	5 Pfund	50
Erbswürste	3 Stück	20	Frisch. Rhabarber	3 Pfd.	20	Anchovis	Glas 24	24	Tilsiter Käse	1/2 Pfund	35
Puddingpulver	5 Pakete	20	Neue Zwiebeln	3 Pfund	25	Bismarck-Heringe	Dose 45	45	Kakes	1/4 Pfund	10
Rote Grütze	4 Pakete	18	Neue Kartoffeln	5 Pfund	45	Bouillon-Würfel	10 Stück	15	Coccosflocken	1/4 Pfund	10
Apfelwein	1/2 Liter	30	Feigen	5 Pfund	20	Condensierte Milch	Dose 48	48	Gem. Konfekt	1/4 Pfund	9

Der Saison-Räumungs-Verkauf

Wir bringen aus allen Abteilungen Waren guter Qualität zu ganz bedeutend herabgesetzten Preisen.

in unserem Hause
beginnt Montag, den 1. Juli, vormittags 1/2 8 Uhr.

Beachten Sie unsere neuen Schaufenster: Grosse Ulrichstrasse 63.

NUSSBAUM.

Unsere ausführl. Ineratte mit den auf-fallend billigen Preisen prüfen Sie gefälligst in Ihrem eigenen Interesse.

Konsumverein für Ammendorf u. Umgeg.

(e. G. m. b. H.)

Unsere Verkaufsstelle in Ammendorf bleibt Montag den 1. Juli wegen Aufnahme der Inventur geschlossen.

Die Abnahme der Markentarten erfolgt den 2., 3. und 4. Juli vormittags von 7 1/2 bis 12 Uhr, nachmittags von 2 bis 6 Uhr in unserem Kontor, Ammendorf, Halleische Strasse 60.

Die Verwaltung.

Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter (Filiale Halle S.)

Sonntag den 30. Juni 1912 im „Volkspark“

== Sommerfest ==

bestehend in Blumenverlosung, Preisschießen und Preisspielen.

Nachmittags: **Kränzchen.**

Abends: **BALL.**

Es laden freundlichst ein

Der Vorstand.

Gebr. Kroppenstädt, Halle a. S., Gr. Märkerstrasse 4.

Moderne Wohnungs-Einrichtungen.



Diese hervorragend schöne und preiswerte Küchen-Einrichtung in hell- oder dunkel-blaugrau Eiche, Messingverglasungen u. Ornamentglas, kostet komplett nur **Mk. 90.-**. Billigere Ausführungen zu 70.-, 80.-, 88.-, 98.- bis 110.- Mk.



Distrikt Seeben.

Sonntag, den 30. Juni 1912, nachmittags 4 1/2 Uhr, in Richters Gasthof in Seeben.

Mitglieder-Versammlung.

Distrikt Oppin.

Sonntag, den 30. Juni 1912, von abends 6 Uhr an in Sieber's Gasthof in Oppin.

Sommer-Vergnügen,

bestehend in

Ball und humoristischen Vorträgen.

Einen guten Besuch erwartet Die Ortsverwaltung.

Die Mitglieder sind zu allen Veranstaltungen mitzubringen.

Zentral-Verband der Zimmerer

Zahlstelle Halle a. S.

Sonabend den 29. Juni abends 8 1/2 Uhr bei Streicher, „Drei Könige“, Kl. Klausstr. 7

Außerordtl. Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Unsere Beitragsleistung im Verband. 2
2. Bericht über Agitation.
3. Das diesjährige Stiftungsfest.
4. Verschiedenes.

Wichtig jedes einzelnen Mitgliedes ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Der Vorstand.

Ortskranken- u. Sterbekasse für das Schneidergewerbe.

Freitag den 28. Juni 1912 abends 8 1/2 Uhr im Restaurant Zur Erholung, Martinsberg 6:

Außerordentl. Generalversammlung

Tagesordnung:

1. Beschlußfassung, ob wir unter dem neuen Gesetz als besondere Kasse weiterbestehen wollen.
2. Beitragsverhöhung.
3. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Bitterfeld.

Allen Parteigenossen und ihren werten Frauen zur Nachricht, daß das beschlossene Vergnügen bestimmt Freitag abend im Restaurant „Hohenzollern“ stattfindet.

Als Legitimation sind die Mitgliedsbücher mitzubringen. Die Vereinfachung.

für die Inserate verantwortlich: Rob. S i g n e r. — Druck der Halle'sch. Genossensch.-Buchdruck. (E. G. m. b. H.) — Verleger: born. Aug. G r o b, jetzt A. S a h n i g. — Sämtl. i. Halle a. S.

Vorschriftsmäßige Wandervogel-Rucksäcke

von Mk. 3.95 an.

C. F. Ritter, Leipzigerstr. 90, Rabatmarken.

Abbruchmaterial

Lagerplatz Triftstraße, neben Ziegeleimauern.

Wegen Räumung ist u. verk. Türen, Fenster, Balken, Säulen und anderes mehr.

Brennholz fahren- und forbweije.

Richter, Triftstraße.

Eisbonbon

mit verschiedenem Geschmack empfiehlt

Rob. Schlirmer,

ob. Leipzigerstr. 71, Roter Turm (Roland-Edel), Mansfeldstraße 43.

Rossfleisch.

Diese Woche wieder ft.

Alles übrige wie bekannt nur delikat!

A. Thurm,

Reilstrasse 10.

Radfahrer!

Leutdecken, 1 Satz Garant. 4.60 do. ohne Garantie 4.35

Luftschläuche, 1 Jahr Garant. 3.35 do. ohne Garantie 2.75

Gummi anerkannt besser auf dem Markt.

Otto Sparmann,

neben dem Walde

Germania-Garten,

Reilstrasse 133.

Jeden Tag als Spezialität aus reinem Schweinegut:

1. La Rostbratwurst mit Salat 40 Pf.

2. La Bratwurst mit Kartoffel- salat 40 Pf.

3. Hackepeter, 40 Pf.

Tischmesser

aus gutem Solinger Stahl billigst bei

C. F. Ritter, Leipzigerstr. 90, Rabatmarken.

Althee-Bonbon,

bestes Bonbon gegen Husten und Heiserkeit, nach alt. Rezept (keine Gifte) empfiehlt

Martin Müller, Geilstr. 51.

Parteischriften

empfiehlt die Volksbuchhandl.

Verband d. Fabrikarbeiter Deutschl. Bahlstelle Bitterfeld.

Sonabend den 29. Juni abends 8 1/2 Uhr im Restaurant „Hohenzollern“:

Öffentl. Fabrikarbeit. - Versammlung.

Tagesordnung:

„Die freien Gewerkschaften und ihre Gegner.“

Referent: Gauleiter Kollege E. Großmann, Magdeburg.

Es ist Pflicht eines jeden Verbandskollegen, dafür zu sorgen, daß die Versammlung gut besucht wird.

Freier Gemischer und Frauenchor

(Mitglied des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes).

Die Singstunden

finden von jetzt ab jeden Mittwoch im Volkspark und jeden Freitag im Englischen Hof, Grosser Berlin Nr. 14, von abends 8 1/2-11 Uhr statt.

Wir ersuchen um pünktliches Erscheinen. Sangeslustige Herren und Damen sind jederzeit willkommen.

Der Vorstand.

:: Teicha und Umgehend ::

Einladung

zu dem am Sonntag, den 30. Juni cr., nachmittags 2 Uhr im

Gewerkschaftsfest 1912

bestehend aus Konzert, Kränzchen, sowie Blumenverlosung, Preisspielen, Preisschießen und Kinderbewilligungen aller Art.

Abends: **BALL und Feste.**

Vor Beginn des Festes, von dem Lokal Rommiger in Teicha, nach dem

Reilokal Gewerkschafts-Umzug mit Musik.

Um recht zahlreiche Beteiligung aller Gewerkschaftsmitglieder wird erlucht.

Eintritt 15 Pf.

Arb.-Turn-Ver. Fichte, Rockendorf u. Umg.

Sonntag den 30. Juni

:: :: Sommerfest :: ::

verbunden mit

Umzug, Turnen, Preisschiessen, Preisspiele, Tombola, Konzert und BALL.

Hierzu laden alle Freunde und Gönner ein

Der Vorstand und Heinrich Lindner.

.. Reise-Geschenke ..

kaufen Sie gut bei

Geiststr. 22 Max Berndorff, II. Geschäft: Hallmarkt (Salzgrabenhaus).

Haus- u. Servierkleider = Schürzen = Hemden.

Dieselben werden in meiner Schneiderstube sauber nach Mass angefertigt.

Konsum-Verein Sangerhausen.

Den Mitgliedern zur Kenntnis,

daß am Sonntag den 30. Juni

fünftägige Verkaufsstellen zwecks

Inventur-Aufnahme

geschlossen sind. Der Vorstand.

Wandkaffeemühlen

mit gutem Werk, v. 2.75 Mk. an

C. F. Ritter, Leipzigerstr. 90, Rabatmarken.

Ein Kasten modern gemalt

Damen-Hüte

Stück 2, 3, 4 und 5.

— Auftritte zum Musikfest —

Stück 1.00 und 1.50 Mark.

Nur Schmeerstr. 5, 1., Borchstr.

Billig! Billig!

Mantel und Schläuche 1.75, 2.10, 2.50, 4.50 Mk. Hülpumpen 60 Pf.,

Glöcken v. 16 Pf. an, Bedale 1.38 Mk., Ruchlöcher v. 70 Pf. an,

Reiten 1.27 Mk., Fahrräder von 50 Mk. an, gebr. v. 20 Mk. an,

Fahrradbasis Gr. Klausstr. 32.

Kirschen !!

nur feinste, feste Ware, aus täg-

lichen Zufuhren äußerst billig.

Für Händler empfohlen: —

Niederlage: Vorstrasse 28.

Freitag Schindelfest.

G. Gerig, Triftstr. 28.

Freitag Schachfest.

F. Peters, Mühlentorstr. 27.

Freitag Schlauchfest.

Ferd. Kluge, Reifentorstr. 5.

Mitglied des Rabat-Ververeins.

Freitag Schachfest.

Wienauer, Triftstr. 5.

Freitag Schlachtfest.

Sochl, Rot, Leber- u. Schmalz-Wurst empf. A. Wenzlich, Reilstr. 10.

Freitag Luise Kloppe.

Wollstr. 20.

Beilage zum Volksblatt.

Nr. 148

Halle a. S., Freitag den 28. Juni 1912

23. Jahrg.

Verbandstag der Holzarbeiter.

K. r. Berlin, den 24. Juni.

Nachdem am Sonntag eine gut arrangierte Begrüßungsfeier in der neuen West der Entschanden des Verbandes vereinigte, bei der Leipart (Vorstand) und G. L. Berlin (neuer Vorsitz) sprachen, begann am Montag die neunte Generalversammlung des deutschen Holzarbeiterverbandes unter Teilnahme von 178 Delegierten, 6 Vertretern des Vorstandes und je einem Vertreter des Ausschusses, der Redaktion, der Bezirkskommission und 23 amtierenden Gewerkschaften. Als Gäste haben die Arbeiterorganisationen aus Dänemark, Schweden, Dänemark, Norwegen, Schweden und Ungarn Delegationen entsandt.

Nach Eröffnung der Formalitäten, Wahl des Bureau, Festsetzung der Tagesordnung, wobei ein Antrag, die Zeitschrift in der 'Möbelindustrie' zur Veranlassung zu stellen, nicht die Unterstützung des Verbandes fand, erhielt John O. Brown das Wort zur Begrüßung des Verbandes. — Redner schilderte in längeren Ausführungen das Wachstum der österreichischen Organisation und das geistliche Treiben der Gewerkschaften.

Im Weiteren sprachen Peter sen-Dänemark (Lehrerleiter), Janon-Berlin, Welner-Wandspitz und Pauli-Wern. Begrüßungsreden hielten von den Verbänden der Möbelarbeiter Bremerhagen und Hollands. Leipart bringt diese zur Beratung und betont, daß der deutsche Verband mit regem Interesse den Fortschritten der internationalen Holzarbeiterorganisation folgt. Ferner stellt Redner namens des Vorstandes den Antrag, den englischen Möbelarbeitern, die sich zum Zeitpunkt befinden, 5000 Mk. zur Führung des Kampfes zu überweisen; diesem Antrag wurde ohne Debatte allgemeine Zustimmung zuteil.

Es erhält ferner der Vorsitzende Leipart das Wort zur Verichterstattung über die verfloßene Geschäftsjahresperiode. Redner betont, daß weder die in München beschlossene Veranlassung der Konferenz in Bezug der Streikunterstützung noch die vorgenommenen Beitragserhöhung die Entwidlung des Verbandes aufgehalten hat. Auch habe sich nicht die Befürchtung bewahrheitet, daß mit der Aera der Tarifverträge der Lohnkampf beinahe erloschen wäre, im Gegenteil, die Kohnkämpfe sind, trotz der sich mehrenden Tarifverträge, riefig geworden. — Selbst von den neugegründeten Zahlstellen haben nur 11 von der in München beschlossenen gemäßigten Beitragserhöhung Gebrauch gemacht, ein Beweis, wie die Erkenntnis wachst, daß höhere Beiträge auch höhere Leistungen gewährleisten.

Redner berichtet weiter über den Beschluß, daß Zahlstellen eines Lohnes zu setzen sich zu einer Zahlstelle zu vereinigen haben, der besonders in Charlottenburg, trotz wiederholter Versprechungen und Sitzungen, bis heute noch nicht durchgeführt ist. Im Weiteren haben es etliche Zahlstellen noch nicht für nötig gefunden, die in München beschlossenen Anstellungsbedingungen anzuerkennen. — Eine fastgesehene Konferenz der Maschinenarbeiter hat Schugjorden zungen an die Geselebung und an die Berufsorganisationen gestellt. Weitere Konferenzen sollen in Wälde stattfinden für die Arbeiter, wie für die Maschinenarbeiter.

Im Weiteren hat sich der Ausschuss in Bezug der Antrag auf Verhandlung eines Anschließungsvertrages, der zuletzt seine Generalversammlung in München abhielt, wird die Frage auf seiner Tagesordnung behandelt. Leipart verweist im Weiteren auf den gedruckt vorliegenden Bericht und schloß mit Worten des Dankes an alle beabsichtigten ehrenamtlichen tätigen Verbandsfunktionäre, ohne deren treue, aufopfernde Mitarbeit der Verband nicht solche enormen Fortschritte zu verzeichnen hätte. Bei dieser Gelegenheit gedachte Redner auch der vorzüglichen Leistungen des aus dem Verbandes abgetrennten ausgehenden Kollegen W. C. S.

Kassierer König gab den Kassenbericht (die wichtigsten Zahlen brauchen wir nicht im Vorbericht), den Bericht des Ausschusses Rappes-Stuttgart.

Zur Debatte über die erarbeiteten Berichte erhält als erster Redner Schmidt-Braunschwieg das Wort. Braunschwieg geht auch auf den Fällfall, die die in München beschlossenen Anstellungsbedingungen nicht durchgeführt haben. In längeren Ausführungen rechtsergibt er das Vorgehen der Braunschwieger Kollegen.

Schulze-München spricht über die Forderungen der Maschinenarbeiter an die Geselebung wie an die Berufsorganisationen und über die Arbeiten der Zentralkommission, die für diese Zwecke tätig ist.

W. C. S. berichtet über die Verhandlung mit dem Bauarbeiterverband abgeschlossenen Kartellvertrag für sehr ungünstig für den Holzarbeiterverband. Die Kollegen vom Holzarbeitersverband verlieren dem Kartellvertrag den Anspruch auf Arbeitslosen-Unterstützung, dagegen treten die Bauarbeiter sofort nach Kartellvertrag in alle statistischen Rechte ein. Er wünscht, daß den Kollegen, die ihren Beruf wechseln, ein größerer Spielraum beim Kartellvertrag gewährt wird.

Niedlinger-Saarburg gibt der Meinung seiner Zahlstelle Ausdruck, die darin geht, daß der Vorstand nicht genug getan habe, um die Zahlstellen an die moralische Pflicht zur Leistung erhöhter Beiträge zu machen.

Für die Wahlprüfungskommission berichtet Fendel-Berlin, Redner erhält Bericht über verschiedene Proteste, die der Kommission vorliegen, aber nicht zur Übernehmung der Mandate führten. Auf Antrag wurden alle Mandate für gültig erklärt.

Dann wird die Debatte über die Berichte fortgesetzt. S. O. L. Gernburg vertritt sich ausführlich über die Tätigkeit der Zentralkommission der W. C. S. n. a. c. Er besagt, daß dieser nicht die Rechte eingeräumt werden, wie bei der Einsetzung der Kommission gefordert werden ist. Die Kommission sei heute das fünfte Rad am Wagen. Sollte sie erfolgreich in der Agitation wirken, kann Gebühre für größerer Rechte. W. C. S. n. a. c. (Kornmayer) kritisiert den Vorstand deshalb, daß er im Zentrum Berlins das Grundstück zum Bau eines eigenen Seims angekauft habe. Redner meint, es sei das Grundstück billiger zu beschaffen gewesen. Im Weiteren wünscht er, daß der Vorstand die kleinen Verurte in Zukunft besser berücksichtigen möge.

S. O. L. Charlottenburg (Fischer) dreht sich über das Vorgehen seiner Zahlstelle in Frage des Zusammenflusses mit Berlin, in der der Vorstand und Anschließungsverträge von der Fällfall Charlottenburg gesprochen habe. Er

ermarie jetzt eine objektive Beurteilung der Generalversammlung, deren Urteil seine Fällfall sich fügen würde.

König-Berlin (Stadtarbeiter) bespricht sich ebenfalls wegen Begründung der Zentralkommission in der Agitation, besonders seitens der Gewerkschaften. Wenn die Zentralkommission auch ferner ohne Rechte und Pflichten arbeiten sollte, so sei es besser, man bezieht sie. Zum Schluß ist er praxis, wenn die Leiter dieser Kommission zu einer Konferenz zusammen geladen würden, um über die Aufgaben der Kommission zu beraten.

Reumann (Vorstand) spricht ebenfalls über die Kompetenzen der Zentralkommission. Er betont, daß die Zentralkommission, obgleich sie nicht in die organische Leitung des Verbandes eingegliedert sei, dennoch unentbehrlich für den Verband sei und deshalb in ihrer Tätigkeit von allen Verbandsmitteln nach besten Kräften unterstützt werden müsse. Dies ist die Meinung des Vorstandes und er hoffe, auch die des Verbandsorgans.

Von anderen Rednern wird Marschall, warum noch nicht allenthalben dem in München gefassten Beschluß betreffs Zahlung höherer Gehälter an die Kollalkematen nachkommen sei. Die Verhandlungen werden auf Dienstag vertagt.

Zweiter Verhandlungstag.

In letzter Stunde sprach am Montag noch Schleichers-Stuttgart zum Vorstandsbericht. Auch dieser Redner tabelte das Vorgehen der Charlottenburger Zahlstelle; es sei sehr bedauerlich, daß diese Vollkommenheit den Kollegen des Reichs ein schlechtes Bild der Disziplinlosigkeit gegeben habe.

Schneegans (Vorstand) schildert in längeren Ausführungen die Maßnahmen des Vorstandes in Sachen der Charlottenburger Zahlstelle. Der Vorstand habe, gestützt auf frühere Verhandlungsbeschlüsse, alles versucht, um diese Kollegen von der Notwendigkeit des Zusammenflusses zu überzeugen, aber man habe tauben Ohren ergriffen. Sie haben sich gedreht und gewendet und daher müsse die Sache hier auf dem Verbandstag zur Sprache gebracht und endgültig Entscheidung gefällt werden.

Nachdem auch G. L. Berlin über die Charlottenburger Angelegenheit eingehende Ausführungen gemacht, wird ein Antrag, die Charlottenburger Angelegenheit der Reichsverbandeskommission zu überweisen, abgelehnt.

Hilfeger-Stuttgart sprach dann noch über die Nichtbisherbeiträge, die der Vorstand auch auf die Unfallgefahren des Berufs ausgedehnt hat, wodurch die Kollegen über manches informiert werden, was ihnen vorher fremd war.

Am Dienstag früh eröffnete S. O. L. Charlottenburg als erster Redner wiederum die Debatte über die Vorstandsberichte.

Rappe (Vorstand) erklärt, daß die von einzelnen Mitgliedern der Zentralkommission erhobenen Vorwürfe, wegen zu geringer Beachtung derselben, ungerechtfertigt seien. Im Weiteren gibt er Anleitung, wie diese Kommissionen wirksam arbeiten können, besonders auf dem Gebiete der Agitation unter ihren nächsten Berufsorganen. Redner betont, daß diese Arbeit der Zentralkommission durchaus nicht vom Vorstand unterdrückt, sondern für notwendig gehalten wird.

Von Schabel-Halle wird gemeldet, daß der Vorstand eine andere Einteilung der leistungsfähigen Zahlstellen vornimmt. Auch Halle hätte dem Münchener Beschluß, 10 Pf. mehr an die Hauptkasse abzuliefern, nachkommen können. Halle habe stets seine Pflicht bei Zahlung von Extrabeiträgen getan. — Schmidt-Braunschwieg regt an, bei Lohnkämpfen und Unterstützung an andere Gewerkschaften möglichst einen Weg zu beschreiten, der direkt die schnellste Unterstützung garantiert. Ferner erucht er den Vorstand um Aufführung über die Verfertigung der Privatangelegenheiten.

Während der Debatte ging ein Antrag auf Einberufung einer Konferenz für die Vorstehenden der Zentralkommissionen ein, in der die Richtlinien für die Arbeit dieser Kommissionen festgelegt werden sollen.

Nachdem noch Lefzer-Kassel, Schuler-München, Hein-Canover im Rahmen der Verichterstattung gesprochen, findet auf Antrag Schluß der Debatte statt.

Leipart gibt in einem kurzen Schlußwort Antwort auf die in der Debatte gestellten Fragen und geäußerten Wünsche. Auskunft, betont, daß über die Verfertigung der Privatangelegenheiten der Revisionskommission berichten und dem Verbandstag Vorberichte unterbreiten wird. Im Weiteren versichert Redner, daß den berechtigten Wünschen der Zentralkommissionen stets Rechnung getragen werden soll. Daß der Verbandstag die Anregung des Vorstandes, die Unterstützungsgebühren, die für die gemeinnützigen Subsidien auszugeben, nicht zu machen, auf dem Wege des Inlageerfahrens auszubringen, unterstützt, freue ihn; die diesbezüglichen Beratungen mit den übrigen Gewerkschaften würden in die Wege geleitet werden.

Zur Frage der Verschmelzung Charlottenburgs mit Berlin beschließt der Verbandstag, daß diese Zahlstelle gemäß den Beschlüssen der vorigen Verbandstage den Anschließ bis zum 1. Juli 1912 zu vollziehen hat.

Dann gibt Redakteur Kaiser den Redaktionsbericht. Zunächst mündet sich Redner zu den leisen Worten, daß im Holzarbeiter nicht genug für die Verschmelzung der kleinen mit den großen Zahlstellen getan worden sei. Die Redaktion sei der Meinung, daß die Verschmelzung die nach dem Anschließ, zum Schaden sei. Es müsse vielmehr die Verschmelzung freiwillig von beiden Seiten erfolgen, damit ein gemeinsames Arbeiten im Interesse des Verbandes möglich sei. Von großem Wert sei es gewesen, daß der Vorstand den Redakteur zu den Verhandlungen mit dem Interneumtums zwecks Schaffung von Reichstaxiforen zugelassen habe. Dadurch habe er die empfangenen Eindrücke wendensprechend im Verbandsorgan bewerten können. Im Weiteren schildert Redner, wie die Redaktion die Anträge, die von der Münchener Generalversammlung erhalten, ausgeführt habe. Seine Stellung zu dem Streit, der im Buchdruckerverband im vorigen Jahre ausbrach, sei auch heute noch dieselbe. Er halte das Tarifamt der Buchdrucker nicht für berechtigt, den Arbeitgebern das Recht am Wahrgang der Vertrauensleute der Arbeiter zu geben. — Zur Reichstagswahl habe die Holzarbeiterzeitung ihre Pflicht als Arbeiterzeitung erfüllt. Er halte es für selbstverständlich, daß die Gewerkschaften mit aller Kraft für die Wahl sozialdemokratischer Abgeordneter eintreten, aber falls, ja geradezu schädlich sei es, wenn die Gewerkschaft als solche sich mit Parteipolitik beschäftige oder gar direkt Mittel aus

ihrer Kasse für Wahlzwecke bewillige. — Dem Münchener Beschluß, rechtzeitig Stellung zur Kaiserzeit zu nehmen, ist in Artikeln entprochen. In diesen Artikeln ist gleichzeitig darauf hingewiesen, daß eine Unterzeichnung von Meinungsregeln nicht erfolgt. — Redner betont, daß die Redaktion sich stets bemüht habe, nur Originalarbeiten für die Zeitung zu verwenden und im Weiteren bestrebt war, ihre Leser in jeder Hinsicht zu Stoffenlampfen zu erziehen.

Die Debatte wurde von Ballauer-Münchener eröffnet mit der Klage, daß man seine statistische Arbeit über die Lage der Württemberger nicht genug gewürdigt habe. — Schmidt-Braunschwieg wünscht größere Berücksichtigung der Gewerkschaftsfrage in der Holzarbeiterzeitung.

König-Berlin regt unter anderem an, daß die Redaktion sich auch einmal mit der Befreiung von Minimallohn beschäftigten möge. Wenn möglich, ist vorzuziehen in England ein Gesetz, welches Minimallohn festsetzt, angenommen werden. — Leipart (Vorstand) betont, daß in Frage der Buchdruckerangelegenheit zwischen ihm und dem Redakteur keine Meinungsverschiedenheit obwalte, aber er halte es für einen Fehler, wenn ein Gewerkschaftsorgan während eines solchen Konfliktes über solche politischen Fragen schreiben. Die Holzarbeiterzeitung sei direkt gegen den Vorstand der Buchdrucker ausgenutzt worden. Seine Ansichten könne man nach Werdigung des Konfliktes schreiben, aber nicht während der Dauer desselben. Das Hebe der besprechenden Gewerkschaft Kruppel zwischen die Reine werfen.

In seinem Schlußwort führt Kaiser aus, daß es selbstverständlich ist, daß Redaktion und Vorstand in der Verhandlungspolitisch Gomb in Gomb zu gehen haben, aber ebenso selbstverständlich ist es, daß in anderen Fragen, die den Verband nicht betreffen, die Redaktion sich nicht die Meinung vorzuschreiben lassen könne.

Nach einer persönlichen Bemerkung Leiparts wird der Redaktion empfohlen, auch künftig die Redaktionsfrage in der Holzarbeiterzeitung weitest Berücksichtigung zu schenken. Beschlüsse wurde, die Entscheidung in Zukunft nicht mehr in der Holzarbeiterzeitung zu fassen. — Leipart (Vorstand) regt an, die Nachmittagsausgabe über die 'Lohnbewegung' in geschlossener Sitzung vorzubereiten.

Halle und Saalfreis.

Halle a. S., den 27. Juni 1912.

Stärkt die Reihen!

Dieser Ruf war nie notwendiger als jetzt. Trotz des unermesslichen Ausfalls der Reichstagswahlen wagte man es in Preußen-Deutschland, eine neue unerhörliche Militär- und Flottenvorlage einzubringen. Das wirkte geradezu provokatorisch nach dem glorreichen sozialistischen Sieg vom 12. Januar. Aber alle bürgerlichen Zeitungen mit Einschluß der liberalen rührten kräftig die Reformtrommel für das kostspielige, volksbedrückende Wehrbüro. Der sozialdemokratische Protest blieb es allein überlassen, auf die Gefahren des Wehrbüros und der uralten Flottenpläne aufmerksam zu machen. Das

Volksblatt

hat in diesem Kampfe weder für die Sache des Volkes gekämpft. Daneben erforderten die wirtschaftlichen Kämpfe, die Streiks, dauernde Unterfertigung, wie auch jetzt bei der Aussperrung der Metallarbeiter das Volksblatt wieder in seinem Verbreitungsbezirke für die durch Internationallisten willkür auf die Straße geworfenen Arbeiter energisch einzutreten, entgegen den schimpfenden, arbeitserföndlichen Wältern. Bei den wichtigsten politischen Vorgängen der letzten Zeit war unsere Zeitung für jeden denkenden und aufgeklärten Arbeiter ein

unentbehrlicher Berater.

Gegenwärtig ist der Reaktion der Kamm wieder gewaltig geschwollen; sie wagt es, trotz der Immunität zweier Vertreter des preussischen Volkes unter Anklage zu stellen. Die Vertreter der Volksrechte sollen mundtot gemacht werden. Das wird nicht möglich oder doch wirkungslos sein, wenn die Ideen des Sozialismus in die weitesten Kreise der Arbeiterschaft bringen. Eine wichtige Waffe in diesem Kampfe ist die geistige Aufklärung ist das

Volksblatt.

Unbekümmert um die große Zahl der Feinde wird es auf dem beschrittenen Wege fortfahren. Nach wie vor wird es für die Unterdrückten eintreten, wird es nicht erlahmen darin, neue Rechte für sie zu fordern. In diesem heftigen Kampfe gegen die Reaktion bedarf es aber der kräftigen Unterstützung seiner Anhänger.

Das Volksblatt wird bei der ausführlichen Erörterung der politischen Tagesfragen nicht vergehen, seine Leser auch über alle Tagesneuigkeiten und alles Wissenswerte und Besprechende zu unterrichten. Auf dem Gebiete der Unterfertigung wird es immer das beste bringen. So beginnt es mit dem 1. Juli mit dem Abdruck von

Flauberts Meisterroman Madame Bovary, einem Werke der Weltliteratur von lebendigem Kunstgeschmack, dem namentlich unsere weiblichen Leser großes Interesse entgegenbringen dürfen.

Wird so unser Volksblatt mit allen Mitteln weiter ausgestattet, wie es die Zeitgelt erfordert, so ist es eine wichtige Aufgabe für alle Parteigenossen in Stadt und Land in der Werbung neuer Abonnenten nicht zu erlahmen. Groß ist noch die Zahl der Fernbesteller. Es entziffern und anhaltender die Agitation für unser Volksblatt ist, desto eher wird es gelingen, die Abonnenten heranzuziehen und unsere Reihen zu stärken. Darum ans Werk, Gewinnen, werbt neue Anhänger, werbt neue Streiter zum Kampfe für Menschen- und Volksrechte!

8 Uhr 20 **Walhalla.** 8 Uhr 20
Tymians Riesenschlager:
„Garnisonschmerzen“
 Direktor Tymian als Rittmeister.
„Alles wälzt sich vor Lachen!“
 Ausserdem sämtliche Nummern neu!
 Tageskasse 10-11^{1/2} und 4-6 Uhr. — Karten überall!

Glauchauer Ballsäle
 Lerchenfeldstrasse.
 Freitag den 28. Juni abends 8 Uhr:
Grosses Garten-Konzert
 bei vollbesetztem Orchester,
 unter Mitwirkung des **Floria-Quartetts**
 (Herren Müller, Jecht, Hamel, Seifarth).
 Bei ungünstigem Wetter findet das Konzert im Saale statt.
 — Gut zusammengesetztes Programm.
 Freundlichst laden ein **Fr. Sachse u. Frau.**

Arbeiter-Radf. Bund „Solidarität“
 Bezirk 3.
 Sonntag, den 30. Juni, findet eine
Bezirksausfahrt
 statt, und zwar 11 Uhr von Ammendorf
 über Galt, Pellenberg, Niedereben, Zeuthenfeld, Gemütsfeld,
 Cöllme, Salzmünde, Schwesig nach Pletzin; dabei um 3 Uhr:
Bezirksversammlung.
 Tagesordnung: 1. Bericht vom Ausgang, 2. Wahl des Bezirksleiters, 3. Berichtbeleg. — Danach von 4 1/2 Uhr ab:
Kränchen.
 Alle Vereine sind dazu eingeladen.
 Der Vorstand, J. A. v. Rich. Ruffschau.

Bekanntmachung.
 In der Generalversammlung der Kaufmännischen Ortskrankenkasse vom 17. Oktober 1911 ist beschlossene, die Beiträge für die Kinder der Kassenmitglieder zu erweitern. Diese Erweiterung der Kassenleistungen ist vom Bezirksausschuss unterm 10. Januar 1912 genehmigt worden.
 Vom 1. Juni 1912 tritt an Stelle des bisherigen Zuschussbetrags für ärztliche Behandlung
 1. freie ärztliche Behandlung der Kinder durch die Kassenärzte des Krankenkassenverbandes und freie von denen verordnete Arznei, Führer und Pflegen über Sonntag 8 bis 13 Uhr, unter 2) bis zur Dauer von 26 Wochen innerhalb 12 Monaten.
 2. Zuschuss zu den Kosten bei Krankenausspflanzung, wenn dieselbe von dem behandelnden Arzte als notwendig bezeichnet wird, in Höhe von 1 Mark pro Tag für Kinder über 12 Jahre und 0,75 Mark pro Tag für Kinder unter 12 Jahren an das betreffende Krankenhausbüro oder das Kassenmitglied, welches nachweislich die Krankenausspflanzung bestritten hat.
 Die Kindererträge sind nur auf Antrag und während der Dauer der Mitgliedschaft gemährt.
 Anträge auf vorübergehende Kassenleistungen haben Kassenmitglieder, welche mindestens ununterbrochen drei Monate der Kasse angehört haben für Kinder unter 16 Jahren, sofern diese im Krankheitsfall des Kassenmitgliedes leben, von letzterem erhalten werden und nicht selbst dem Krankengeldversicherungssatz unterliegen.
 Die bisherigen Kinder-Krankengeldleistungen haben keine Gültigkeit mehr und werden neue Kinder-Krankengeldscheine durch die Arbeitgeber ev. bei der Kasse ausgeliefert.
 Seite a. S., 28. Juni 1912.
 Der Vorstand
 der Kaufmännischen Ortskrankenkasse
 des U. Adler, Vorsitzender.

Möbel-Ausstattungen
 sowie einzelne Möbel kauft man in großer Auswahl am billigsten und besten in
Max Jungblut's Möbelhaus,
 Albrechtstrasse 37, erstes Geschäft vom Friedrichsplatz, Leipzig 1898.
 Bitte genau auf Nr. 37 zu achten!
 Bitte genau auf Nr. 37 zu achten!
 Tisch- und Stofftische 55, 75, 90-125^{1/2}. Büffet in Eiche u. Nussbaum, Sofaumbau 55, 65, 75-125^{1/2}. Kleiderkreditore, gezeichnet, mit Rollen, 30, 38, 48-55^{1/2}. Vertiko, Nussbaum, gezeichnet, 55, 65, 75-120^{1/2}. Große Truhen 38, 48, 55 bis 90^{1/2}. Pfeilergel 13, 15, 17-25^{1/2}. Nachstauschschische, Stühle 16, 20-28^{1/2}. Nachtruhe 1, 6, 8-13^{1/2}. Dauerhafte Bettstellen mit Patent- oder Kallommatrassen. Metall-Nachtruhe. Große Auswahl in grauen und gelben Kleider-Entwürfen. Alles promptlich bei freiem Transport. Bei Einkauf einer Möbelausstattung gebe ein großes Dankbrett gratis!

Selten billige Preise.
Montag den 1. Juli 1912
 befristet ausser
Räumungs-Verkauf.
M. Bär Nacht.
 Halle a. S., Große Ulrichstrasse 54.
Sensations-Angebote.

In jedem Haushalte müßte wenigstens einmal in der Woche ein Gericht frische Fische auf den Tisch kommen.
 Reiche Auswahl bietet Ihnen die
Deutsche Dampfschifferei-Gesellschaft
Nordsee.
 Größter Seefischhandel der Welt.
 Wir empfehlen in Stadtbekannter Güte:
 1a. lebendfrischen **Seelachs** groß 20 Pf.
 1a. lebendfrischen **Goldbarsch** o. R. 25 Pf.
 1a. **Nordsee-Kabeljau** o. R. 26 Pf.
 1a. **Schellfisch** o. R. 28 Pf.
 Bratfertige **Karbonaden** 32 Pf.
 Bratschellfisch mittel 19 Pf. | Portions-Schellfisch 22 Pf.
 Angelschellfisch mitt. 28 Pf. | Angelschellfisch groß 35 Pf.
Rotzungen, Keilbutt, Steinbutt, Fluss-Zander, Fluss-Zachs, lebende Aale u. Schleie.
Springlebende Tafelkrebse.

Inventur halber:
 bleibt Montag den 1. Juli
die Volks-Buchhandlung
geschlossen.
 Die Presskommission.

Sehr billiges Angebot!
2500 Arbeiterhosen
 welche ich rechtzeitig zur Erhöhung der Rohmaterialien noch absetze, verkaufe zu folgenden billigen Preisen:
 Serie I. **Männer-Neuleider-Hose** in vielerlei gestr. Mäßen. In allen Größen am Lager. **a Paar nur 1.55 M.**
 Serie II. **Männer-Neuleider-Hose** in glatten und gestr. Mäßen. In allen Größen am Lager. **a Paar nur 1.90 M.**
 Serie III. **Männer-Neuleider-Hose** in breit gestreiften, glatten u. sonstigen Mäßen. In allen Größen am Lager. **a Paar nur 2.35 M.**
 Ein großer **Männer-Wafchhofen** in schwarz u. weiß, O. u. P. oben gestr. Mäßen, wachsch. **a Paar nur 1.45 M.**
 Trotz der billigen Preise noch **5% Rabatt.**
Ernst Renner
 nur Nr. 14 Marktplatz Nr. 14.

500 Jahr-Festspiel in der Moritzburg.
 Donnerstag den 27. Juni abends 8.05 Uhr:
 — 10. Ausführung. —
Der Salzgraf von Halle.
 Historisches Drama von Dr. Otto Dacht in 2 Akten, für die Festlich-Aufführungen in der Moritzburg eingerichtet und inszeniert von Walter Sieg. Spielleitung: Walter Sieg und Karl Schölling.
 Preise der Plätze (inklusive Müll. Pilleiteuer): Stieplag 0.55 M., Parterre 1.05 M., 2. Banket 2.10 M., 1. Banket 3.10 M., Logenplatz 4.10 M. — Sämtliche Einträge sind nummeriert.
 Vorkaufskarten in den Hofmusikhandlungen v. Heinrich Döthner u. Reinhold Koch, sowie bei Richard Heine, Große Steinstraße 71 und Bruno Wiesner, Fietzestraße 1 (Ecke Weitzstr.) erhältlich. — Umkaufskarten für Studierende der die. Universität zu ermäßigten Preisen beim Kassellen erhältlich.
 Sonnabend den 29. Juni abends 8.05 Uhr:
 — II. Ausführung. —
Pompadour in allen Farben
 Kleiner Berlin 2, I.

Apollo-Theater
 Direktion: Gustav Poller.
 Heute u. folg. Tage, abds. 8.15:
Größter Lacherfolg!
„So'n Windhund!“
 Im „Kuffelhaus“ Berlin u. „Schmiedehaus“ Leipzig, a. H. täglich ausverkauft; Größter Schläger der Saison!

Zoo.
 Sonntag den 30. Juni:
Billiger Sonntag!
 Den ganzen Tag über:
 Erm. 30 Pf., Kinder 20 Pf.
 Früh und nachmittags Vorstellungen der berühmten **Havemannschen Raubtierschule.**
 Nachmittags u. abends: **Großes Konzert.**

Pilo
 hat sich einen Ruf als unübertreffliches Schuhputzmittel erworben. Es gibt im Moment wunderbaren Hochglanz, färbt nicht ab und erhält das Leder.
Pilo ist überall zu haben!

Zur Anfertigung feiner Herren-Garderobe nach Maß empfiehlt sich
Otto Bartelt, Hallorenstrasse 1c, I, I.
Kleiderbürsten
 mit guten reinen Borsten sehr preiswert.
C. F. Ritter, Leipzigerstr. 90.
 Jed. Freitag u. Dienstag **Schneiderei.**
 Eigene, laubere Verarbeit.
 Empfehle meine feil, handgeschliffene **Schneiderei.**
Karl Tänzer, Epize 4.
Haben Sie
 schon meine **Spitzkugeln** (Honigkugeln mit Schokoladenüberzogen) probiert? Ich möchte Sie gern als Kunden haben.
Carl Boock, Brühlstrasse 1, Turm und Leipzigerstrasse 61/62.
Winfasch, alt. Art. Zeitung, Lump, alt. Eisen, Zeitschrift, Päcklein, kauft u. heilt ab Fr. Jossert, Sophienstr. 40, Hofpart. 7. Daselbst werden noch Rückführen prompt besorgt.
76 oktav. Konzertina ist zu verkaufen **Kreuzbergstraße 16, IV. Etage.**
Künzels Schweiss-Fuss-Pommes „Fuss-Heil“.
 Ges. gesch. 145 523
 Ohne jede Konkurrenz.
 Viele glänzende Gutachten
 1/2 Fl. Mk. 1.00, 1/3 Fl. 60 Pfg.
 Zu haben bei:
 Max Künzel, Magdeburgerstr. 59
Ansichts-Postkarten
 empfiehlt die Volksbuchhandlung.

Wegweiser für unsere einkaufenden Abonnenten.
 Erscheint wöchentlich dreimal. **Unsere Lesern bei Bedarf zur Beachtung empfohlen.** **Erscheint wöchentlich dreimal.**

Abahlungs-Geschäfte. M. Thiele, Göbenstr. 1, P. Blumendruckfabrik und Krausbinderei Markttasche Verkauf a. K. Land Brikette, Kohlen Rich. Wolf, verlag. Königstrasse Drogen und Farben M. Rädler, Rannischstr. 2. Eis- und Verkauf-Geschäfte F. Henneke, Kl. Ulrichstr. 13. A. Holland, Zapfenstrasse 18. Eisen- und Stahlwaren F. Lindenbahn, Königstr. 8. Eiserna Oefen Christian Glaser, Gr. Klausstr. 24 F. Lindenbahn, Königstr. 8.	Fahrräder und Nähmaschinen Henry Klepzig, Reilstr. 2. Ch. König, Gr. Klausstr. 8. Oskar Wüstneck, L. Wuchererstr. 59 Fleischermester, Wurstfabriken J. Klostermann, Advocatenweg 27. Franz Kusse, Burgstr. 48 Aug. Mangold, strasse 105. Otto Ulbricht, Bäckerstr. 1. Handlertwagen-Fabriken Theodor Löhr, Leipzigerstr. 94. Haus- und Kiechengeräte. K. Keckenburg, Rannischstr. 12.	Herrenbekleidung M. Rosenthal, Leipzigerstr. 1 (Dachhaus). Hüte und Mützen Friedrich Filtner, Geiststr. 23. Kaufhäuser H. Elkan, Leipz. Str. 27. Bekleid.- Gegenst. jeder Art. Theodor Löhr, Leipzigerstr. 94. Kleiderwagen Kolonialwaren Franz Geiger, Gr. Brunnenstr. 32 p. C. Lange, ex. Kl. Ulrichstr. 26.	Lederhandlungen Herm. Schmidt, Geiststr. 23. Möbel-Magazine Möbel-Magaz. Hall. Tischlermst. Gr. Ulrich- Magaz. Hall. Tischlermst. strasse 50. Photographische Ateliers Rich. Schröder, nur Stein- weg 17. Schneider-Bedarfsartikel F. C. Wissell, Marktplatz 11. L. Zengerling, Schulstr. 7. Schuhwaren Friedr. Denzer, Lauchstädterstr. 6.	Spekulation, Möbeltransport O. Kästner & Co., Brunoswarze 38. Wilh. Müller, Brunnenstr. 98. Uhren- und Goldwaren Friedr. Hofmann, Gr. Klaus- strasse 23. Robert Koch, Leipzigerstr. 44. Albert Henneke, Gr. Steinstr. 62. A. Schäfer, Leipzigerstr. 92. A. Weis, Kleinschmied 6. Weine und Fruchtweine etc. M. Kade Nachf., Charlottenstr. 11. M. Künzel, Magdeburgerstr. 59. Weise-Woll-Tapisserie Franz Banne, Lindenstr. 58.	Zahn-Techniker W. Muder, Neuen Promenade 14, nyis-a-vis Leipz. Turm Zigarren-Handlungen Carl Jung Nachf., S. Steinborn, Zigarren, Zigaretten, Halle a. S., Gr. Klausstr. 37. Ammendorf. Gärtnerer Diezel, Fernap. 25. Adler-Drogerie, Ernst Meyers, Sant-Drogerie, Inh.: Rich. Gläubig. Ammendorf Badewell Hallestr. 65. Hauptstr. 20. A. Horstmann, Uhrmacher. Kaufhaus Merkur. O. Probsthays, Botf.-Rein.-Anst. W. Wüschel, Schuhwaren. P. G. Blank, Kaufhaus, Radewell.
---	--	---	---	---	--

Für die Inserate verantwortlich: Hob. Jahn u. c. — Druck der Halle'sch. Genossenschafts-Verlag. (E. G. m. b. H.) — Verleger: vorm. Aug. G. o. f. Jahn u. c. — Samtl. i. Halle a. S.

Die Generalversammlung des Deutschen Textilarbeiterverbandes in Stuttgart erklärte sich mit den Beschlüssen des 8. Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands einverstanden, besonders begrüßt sie den Beschluß über die Gründung einer Führungsorganisation, damit der Ausbeutung der Kernkräfte durch die privaten Versicherungsgesellschaften Einhalt geboten werde.

Die Generalversammlung erachtet es für notwendig, daß in dem Statut die Bestimmung über die Mittelbarkeit der Mitgliedschaft, die ein Delegierter zum Gewerkschaftskongress zu vertreten hat, geändert werde. Ebenso ist die Generalversammlung der Ansicht, daß für die Konfirmation der Vertreter der Zentralverbände auch hinsichtlich deren Kompetenzen eine entsprechende Grundlagende geschaffen werden muß. Die Generalversammlung beauftragt den Vorstand, zum nächsten Gewerkschaftskongress Anträge, die die Ausarbeitung einer Vorlage für die Regelung dieser Materie verlangen, zu stellen.

Weiter beschließt die Generalversammlung: Die Schüler unterer Organisation an der Gewerkschaftsschule haben sofort nach Beendigung des Unterrichtskurses einen schriftlichen Bericht über die gemachten Eindrücke auf der Gewerkschaftsschule an den Zentralverband zu senden.

Damit waren die Arbeiten der Generalversammlung erledigt.

Nach Schlußworten von Hanusch-Wien und Jädel (Vorsitz) wurde die Tagung mit einem begeisterten Hoch auf die Arbeiterbewegung und dem Deutschen Textilarbeiterverband geschlossen.

Aus der Provinz.

Die Kreissteuern in der Provinz Sachsen.

Ueber die Höhe der Kreissteuern der Landkreise in der Provinz Sachsen enthält die amtliche preussische Statistik folgende Angaben für das Jahr 1911: Die höchsten Steuern im Kreis der Provinz waren Greddeberg, Querfurt, Wolmirstedt und Borsitz mit 60 Prozent der direkten umlagefähigen Staatssteuer. Es folgen Jerichow I und II, Okerbienen und Stendal mit 50 Prozent, weiter Mühlhausen mit 47, der Mansfelder Gegend mit 45, Gangerhausen mit 44, Ansbach mit 42, Stendal mit 41, Neuhausleben, Mansfelder Gebirgskreis, Querfurt, Graßath, Rosenfeld und Seidenhahn mit 41 Prozent. Niedriger standen von den 14 Landkreisen des Magdeburger Bezirks nur vier, und zwar Galle (39), Luedlindurg (39), Bernburg (39) und Seeburg (38 Prozent). Von den 16 Landkreisen des Regierungsbezirks Merseburg hatten einen Prozentsatz unter 40 Prozent zwölf aufzuweisen, nämlich Eckartsberga, der Saalkreis und Torquay mit 30, Merseburg und Zeitz mit 28, Liebenwerda mit 26, Proßlau mit 25, Naumburg mit 24, Weißenfels mit 22, Wittenberg mit 20, Dessau mit 19 und Wittenberg mit 18 Prozent. Von den neun Landkreisen des Exterier Regierungsbezirks standen fünf unter 40 Prozent, nämlich Erfurt mit 30, Rangenhaga mit 28, Weißenfels mit 28, Schleifungen und Biegenried mit 20 Prozent.

Wemertenderters Kreissteuern über Vereinsvergütungen.

Die Zahlstelle Vereize des deutschen Fabrikarbeiterverbandes hielt am 26. Dezember 1911, als am ersten Feiertage, eine Weihnachtsfeier ab, zu der nur Mitglieder und eingetragene Gäste eingeladen waren. Zahlreiche aus der Familienangehörigen Zutritt hatten. Nach Witternacht begann man zu tanzen. Am 27. Dezember, der Vorabend des 11. Jänner 8 der für die Provinz Sachsen unter dem 27. Oktober 1906 erlassenen Verordnung über die äußere Gestaltung der Sonns- und Feiertage angelegt, welche in Uebereinstimmung mit den gleichartigen Verordnungen in anderen Provinzen bestimmt: Tanzmusik, Bälle und ähnliche Lustbarkeiten in Gasthäusern, Schankwirtschaften und sonstigen Vergnügungsorten dürfen, auch wenn sie in geschlossener Gesellschaft stattfinden, nicht vor 9 Uhr nachmittags an Sonns- und Feiertagen beginnen. Die Abende des 27. Dezember, da nach Witternacht mit dem Tanze begonnen worden ist, so sich um eine Tanzaufhörung am zweiten Feiertage handelte, die nach der zitierten Bestimmung nicht vor drei Uhr nachmittags an diesem Tage hätte beginnen dürfen. — Das Landgericht zu Magdeburg als Berufungsinstanz sprach die Angeklagten frei, indem es den Tanz als eine Fortsetzung einer am ersten Feiertage begonnenen zulässigen einseitigen geschlossenen Feier ansah.

Das Kammergericht hob jedoch das Urteil auf und vernies die Sade zu anderweitiger Entscheidung in die Vorinstanz zurück. Begründend wurde ausgeführt: Wenn der Tanz am Witternacht begonnen habe, dann habe er am 11. Jänner 8 Feiertage vor drei Uhr nachmittags begonnen. An diesem Tage hätte aber nach § 11 Jiffer 8 der Verordnung unter keinen Umständen vor drei Uhr nachmittags das Tanzvergügen begonnen werden dürfen.

Soll bei einem Vergütigen an einem Sonnabend oder ersten Feiertage des Nachts gelangt werden, so muß man nach der Verordnungsordnung vor 12 Uhr damit beginnen, sonst liegt es Strafe.

Merseburg. Metallarbeiterauspörrung.

In hiesiger Stadt ist auch auszuhören worden. Am 26. Dezember d. J. wurde die Firma Blanke u. K. die Firma beschäftigt 610 Arbeiter ohne Verträge, und hat davon 351 Arbeiter ausgespörrt. Die im Deutschen Metallarbeiterverband organisierten Kollegen sind mit 196 Mann der Gewerkschaft D. M. mit 22, andere freie Verbände mit 31 Mann daran beteiligt. Die andere, übrige erhebliche Anzahl sind Einzelgänger und haben sich ein, was für eine große Unterlassungsfünde sie beugangen haben, indem sie der Organisation fernblieben. Ein Teil davon hat die falsche Scham, sich im Ausspörrungsbureau zu melden. Mit gefühmtem Munde saßen sie nun durch die Straßen. Für die Zukunft wird der große Teil dieser Kollegen nur durch die Organisation an die Organisation für sich selbst bilden. Ein Teil davon hat die falsche Scham, sich im Ausspörrungsbureau zu melden. Mit gefühmtem Munde saßen sie nun durch die Straßen. Für die Zukunft wird der große Teil dieser Kollegen nur durch die Organisation an die Organisation für sich selbst bilden.

Rebra. Selbstmord.

Bei der Hochzeit des Bergarbeiters Kurt Kretschmar in Rebra ereignete sich ein trauriger

Beifall, während die Frau freigesprochen wird. In der Verhandlung hat der Rechtsanwalt behauptet, daß die Eingabe von Frau nicht wider besseres Wissen geschah.

Rebra. Am Gefängnis vorber.

Am 28. Februar d. J. wurde der Heister Hermann Müller II von hier wegen falscher Urkundenvermittlung zu 3 Monaten Gefängnis von der Reichsgerichtspräsidenten verurteilt. Er hatte ein Mädchen, das sich ihm in einem gewissen Umhänge verlobt hatte, die Verlobung angesetzt, weil es von ihm die Anerkennung der Verlobung verlangte. An dem Schicksal ließ es; er wollte dem Mädchen, ihn als Vater zu bezeichnen, ein Ende machen. Die Alimentationsklage ließ er selbstverständlich anknüpfen des Mädchens unter Vermeidung der Staatsanwaltschaft hatte zwei Jahre und eine Woche Zuchthaus bestrahlt — letzte Müller Verurteilung ein und das Reichsgericht wies die Klage zur nochmaligen Verhandlung an die Vorinstanz zurück. Am Mittwoch fand nach der Verhandlungstermin vor dem Reichsgericht die Verhandlung über die Verlobung statt. Der Richter als Zeugin geladen. Der Angeklagte blieb bei seinen früheren Behauptungen, daß er unschuldig sei. Da sich das Mädchen nicht unklar ausdrückte, beantragte der Staatsanwalt wegen Mangel an Beweisen die Freiprärogation. Das Gericht erntete demgemäß.

Witte. Opfer der Arbeit.

Bei einem Unfällen im Rangenberg, Bezirke der Zimmermann Friedrich Reiger am 26. Jänner infolge Wechsens einer Leiterproff in die Tiefe. Er konnte nur als Leiche geborgen werden.

Eisenberg. Stadtverordneten-Erhöhung.

Ein Schreiben des Magistrats beauftragte die Aufstellung einer mechanischen Leiter für die freiwillige Feuerwehr. Und zwar soll die neue Leiter, die ungefähr 1600 Mark kostet, für die im nächsten Winter in der Eisenberg Stadt die letzte der inneren Stadt gebrauchte Leiter in Aufhängung benutzt werden. Die jetzt in Aufhängung benutzte, die den heutigen Ansprüchen nicht mehr entspricht, soll ausgetauscht werden. Auch muß sich bei der für die innere Stadt benutzten Leiter eine Veränderung notwendig. Die Kosten sollen mit Zuschlagern versehen werden um den Transport zu erleichtern. Zu diesem Zwecke sind ungefähr 300 bis 250 Mark erforderlich. Die Feuerlokalität trage davon einen großen Teil der Kosten. Die Vorlage wurde einstimmig angenommen. Auch einer Veränderung der Stromabrechnung für die Eisenbahn elektrischen Stromes wurde einstimmig am 28. Juni 1910 wurde genehmigt. Danach sollte in Zukunft die Kilowattstunde elektrischen Stromes für Beleuchtungswecke 40 Pf., bisher 30 Pf. für Kraftwecke bleibt der Preis von 30 Pf. pro Kilowattstunde bestehen. Zur Bedeckung der Kosten für die Eisenbahn elektrischen Stromes hat die Eisenbahnverwaltung die Kosten der Eisenbahn für die vorgeschlagene Summe befreit, die vom Kreis zu rückgezahlt wird, dagegen wird der Teil des Antrages abgelehnt, der besagt, die Summe als Grundschuld auf den genannten Grundstücken in das Grundbuch einzutragen zu lassen.

Zusammenfassung.

Am Freitag, den 28. Juni, nachmittags von 5 bis 6 Uhr, findet im Lokale des Herrn Kerkhoff die Gemeinderatssitzung für die dritte Klasse statt. Jeder Wähler, der den Einfluß des Wahlbezirks brechen will, muß bestimmt zur Wahl gehen, und seine Stimme dem Kandidaten Max Kerkhoff zuwenden. Die Wahlgeschlossenen Besorgungen ist das gestellte Ziel zu erreichen.

Sangerhausen. Zur Unglücksfalls-Erkundung der Stadtverordneten-Wahlen.

Wir schon mitteilen, behauptete Rechtsanwalt Friedrich in der Sitzung des Magistratsausschusses in Merseburg: Bei ordnungsmäßiger Vergabe hätte die bürgerliche Liste gefehlt. Doch über die Bürgerliste in der dritten Abteilung die Mehrheit nicht haben, beweist am besten die letzte Reichstagswahl. Bei ihr erhielten in der Stadtwahl der Sozialdemokrat 1122 und die Bürgerlichen 1167 Stimmen, letztere also nur 45 Stimmen mehr. Da aber einige hundert Wähler, die fast ohne Ausnahme der bürgerlichen Partei angehören, die Wahl der Stadtverordnetenwahl in der ersten und zweiten Abteilung wählen, so ist es ohne weiteres klar, daß in der dritten Abteilung die Sozialdemokratie die meisten Anhänger hat. Das Gerüde von einer bürgerlichen Mehrheit ist also nur fäulter Tand.

Erwischt. Wahnwörter.

Der Hausbesitzer Ewald Ewaldowitsch Gijchens aus Wülkau entwendete am Montagabend auf dem hiesigen Bahnhofe einem Reisenden Koffer, Karton und Tasche mit Inhalt und fuhr damit nach Nordhausen. Die Vorladung folgte wurde sofort per Telephon von dem Diebstahl in Kenntnis gesetzt, und es gelang ihm, den Dieb bei Anbruch des Tages zu ermitteln und in Haft zu nehmen. Dem Reisenden konnten seine Sachen wieder ausgehändigt werden.

Unfall bei der Arbeit.

Dienstagabend gegen 7 Uhr verunglückte in der hiesigen Aktien-Reifenfabrik der Schlofferlehrer Hugo Hoffmann aus Riechdorf dadurch, daß eine Eisenplatte auf das rechte Bein fiel, wodurch der Unterschenkel gebrochen wurde. Der Verletzte fand Aufnahme im hiesigen Krankenhaus.

Kern. Ein Kontraste mit einem Wahnwörter.

Am 26. Dezember d. J. der Heister Dito Grotz und sein Ehegatte von hier. Beide wurden vom Bahnhof Blankenbain nach hier fahren und der Schaffner Wücker aus Ermahnung des Frau, die zuerst den Wahnwörter betrat, die Plätze an. Darüber war der Mann empört und soll ihm im Verlauf des Erreites den Beamen einen Affen genannt und ihm mit Schlägen bedroht haben. Auf dem Bahnhof Sangerhausen wurden die Personalien festgehalten. Nach diesem Vorkall machte die Frau eine Eingabe an die Eisenbahndirektion nach Erfurt und war dem Beamen die Verletzung seiner Amtspflicht vor. Der Beamte bestritt die Verhöhnung und die vorliegende Behörde ermittelte Anzeige gegen den Beamen wegen Verhöhnung und gegen dessen Frau wegen falscher Anschuldigung. Die Vorhauer Strafkammer beschlagnahmte am Mittwoch diese Angelegenheit. Zur Beweisaufnahme waren zehn Zeugen geladen. Der Mann gibt die Verhöhnung zu, will aber erst von dem Beamen gereizt sein. Auch die Frau will ihre Verhöhnungen gegen den Beamen aufrecht und schließt einen Vorkall, der sich Ende Juni d. J. auf der Bahnhofsstraße nach Blankenbain abspielte, haben soll. Die Anklagebehörde will die Angelegenheit der Straftaten frei überführen und beantragt gegen den Beamen drei Wochen und gegen dessen Frau sechs Monate Gefängnis. Der Gerichtshof sieht die Straftaten nicht mit ab. Der Mann erhält eine Woche Ge-

fängnis, während die Frau freigesprochen wird. In der Verhandlung hat der Rechtsanwalt behauptet, daß die Eingabe von Frau nicht wider besseres Wissen geschah.

Rebra. Am Gefängnis vorber.

Am 28. Februar d. J. wurde der Heister Hermann Müller II von hier wegen falscher Urkundenvermittlung zu 3 Monaten Gefängnis von der Reichsgerichtspräsidenten verurteilt. Er hatte ein Mädchen, das sich ihm in einem gewissen Umhänge verlobt hatte, die Verlobung angesetzt, weil es von ihm die Anerkennung der Verlobung verlangte. An dem Schicksal ließ es; er wollte dem Mädchen, ihn als Vater zu bezeichnen, ein Ende machen. Die Alimentationsklage ließ er selbstverständlich anknüpfen des Mädchens unter Vermeidung der Staatsanwaltschaft hatte zwei Jahre und eine Woche Zuchthaus bestrahlt — letzte Müller Verurteilung ein und das Reichsgericht wies die Klage zur nochmaligen Verhandlung an die Vorinstanz zurück. Am Mittwoch fand nach der Verhandlungstermin vor dem Reichsgericht die Verhandlung über die Verlobung statt. Der Richter als Zeugin geladen. Der Angeklagte blieb bei seinen früheren Behauptungen, daß er unschuldig sei. Da sich das Mädchen nicht unklar ausdrückte, beantragte der Staatsanwalt wegen Mangel an Beweisen die Freiprärogation. Das Gericht erntete demgemäß.

Witte. Opfer der Arbeit.

Bei einem Unfällen im Rangenberg, Bezirke der Zimmermann Friedrich Reiger am 26. Jänner infolge Wechsens einer Leiterproff in die Tiefe. Er konnte nur als Leiche geborgen werden.

Eisenberg. Stadtverordneten-Erhöhung.

Ein Schreiben des Magistrats beauftragte die Aufstellung einer mechanischen Leiter für die freiwillige Feuerwehr. Und zwar soll die neue Leiter, die ungefähr 1600 Mark kostet, für die im nächsten Winter in der Eisenberg Stadt die letzte der inneren Stadt gebrauchte Leiter in Aufhängung benutzt werden. Die jetzt in Aufhängung benutzte, die den heutigen Ansprüchen nicht mehr entspricht, soll ausgetauscht werden. Auch muß sich bei der für die innere Stadt benutzten Leiter eine Veränderung notwendig. Die Kosten sollen mit Zuschlagern versehen werden um den Transport zu erleichtern. Zu diesem Zwecke sind ungefähr 300 bis 250 Mark erforderlich. Die Feuerlokalität trage davon einen großen Teil der Kosten. Die Vorlage wurde einstimmig angenommen. Auch einer Veränderung der Stromabrechnung für die Eisenbahn elektrischen Stromes wurde einstimmig am 28. Juni 1910 wurde genehmigt. Danach sollte in Zukunft die Kilowattstunde elektrischen Stromes für Beleuchtungswecke 40 Pf., bisher 30 Pf. für Kraftwecke bleibt der Preis von 30 Pf. pro Kilowattstunde bestehen. Zur Bedeckung der Kosten für die Eisenbahn elektrischen Stromes hat die Eisenbahnverwaltung die Kosten der Eisenbahn für die vorgeschlagene Summe befreit, die vom Kreis zu rückgezahlt wird, dagegen wird der Teil des Antrages abgelehnt, der besagt, die Summe als Grundschuld auf den genannten Grundstücken in das Grundbuch einzutragen zu lassen.

Zusammenfassung.

Am Freitag, den 28. Juni, nachmittags von 5 bis 6 Uhr, findet im Lokale des Herrn Kerkhoff die Gemeinderatssitzung für die dritte Klasse statt. Jeder Wähler, der den Einfluß des Wahlbezirks brechen will, muß bestimmt zur Wahl gehen, und seine Stimme dem Kandidaten Max Kerkhoff zuwenden. Die Wahlgeschlossenen Besorgungen ist das gestellte Ziel zu erreichen.

Sangerhausen. Zur Unglücksfalls-Erkundung der Stadtverordneten-Wahlen.

Wir schon mitteilen, behauptete Rechtsanwalt Friedrich in der Sitzung des Magistratsausschusses in Merseburg: Bei ordnungsmäßiger Vergabe hätte die bürgerliche Liste gefehlt. Doch über die Bürgerliste in der dritten Abteilung die Mehrheit nicht haben, beweist am besten die letzte Reichstagswahl. Bei ihr erhielten in der Stadtwahl der Sozialdemokrat 1122 und die Bürgerlichen 1167 Stimmen, letztere also nur 45 Stimmen mehr. Da aber einige hundert Wähler, die fast ohne Ausnahme der bürgerlichen Partei angehören, die Wahl der Stadtverordnetenwahl in der ersten und zweiten Abteilung wählen, so ist es ohne weiteres klar, daß in der dritten Abteilung die Sozialdemokratie die meisten Anhänger hat. Das Gerüde von einer bürgerlichen Mehrheit ist also nur fäulter Tand.

Erwischt. Wahnwörter.

Der Hausbesitzer Ewald Ewaldowitsch Gijchens aus Wülkau entwendete am Montagabend auf dem hiesigen Bahnhofe einem Reisenden Koffer, Karton und Tasche mit Inhalt und fuhr damit nach Nordhausen. Die Vorladung folgte wurde sofort per Telephon von dem Diebstahl in Kenntnis gesetzt, und es gelang ihm, den Dieb bei Anbruch des Tages zu ermitteln und in Haft zu nehmen. Dem Reisenden konnten seine Sachen wieder ausgehändigt werden.

Unfall bei der Arbeit.

Dienstagabend gegen 7 Uhr verunglückte in der hiesigen Aktien-Reifenfabrik der Schlofferlehrer Hugo Hoffmann aus Riechdorf dadurch, daß eine Eisenplatte auf das rechte Bein fiel, wodurch der Unterschenkel gebrochen wurde. Der Verletzte fand Aufnahme im hiesigen Krankenhaus.

Kern. Ein Kontraste mit einem Wahnwörter.

Am 26. Dezember d. J. der Heister Dito Grotz und sein Ehegatte von hier. Beide wurden vom Bahnhof Blankenbain nach hier fahren und der Schaffner Wücker aus Ermahnung des Frau, die zuerst den Wahnwörter betrat, die Plätze an. Darüber war der Mann empört und soll ihm im Verlauf des Erreites den Beamen einen Affen genannt und ihm mit Schlägen bedroht haben. Auf dem Bahnhof Sangerhausen wurden die Personalien festgehalten. Nach diesem Vorkall machte die Frau eine Eingabe an die Eisenbahndirektion nach Erfurt und war dem Beamen die Verletzung seiner Amtspflicht vor. Der Beamte bestritt die Verhöhnung und die vorliegende Behörde ermittelte Anzeige gegen den Beamen wegen Verhöhnung und gegen dessen Frau wegen falscher Anschuldigung. Die Vorhauer Strafkammer beschlagnahmte am Mittwoch diese Angelegenheit. Zur Beweisaufnahme waren zehn Zeugen geladen. Der Mann gibt die Verhöhnung zu, will aber erst von dem Beamen gereizt sein. Auch die Frau will ihre Verhöhnungen gegen den Beamen aufrecht und schließt einen Vorkall, der sich Ende Juni d. J. auf der Bahnhofsstraße nach Blankenbain abspielte, haben soll. Die Anklagebehörde will die Angelegenheit der Straftaten frei überführen und beantragt gegen den Beamen drei Wochen und gegen dessen Frau sechs Monate Gefängnis. Der Gerichtshof sieht die Straftaten nicht mit ab. Der Mann erhält eine Woche Ge-

Rebra. Am Gefängnis vorber.

Am 28. Februar d. J. wurde der Heister Hermann Müller II von hier wegen falscher Urkundenvermittlung zu 3 Monaten Gefängnis von der Reichsgerichtspräsidenten verurteilt. Er hatte ein Mädchen, das sich ihm in einem gewissen Umhänge verlobt hatte, die Verlobung angesetzt, weil es von ihm die Anerkennung der Verlobung verlangte. An dem Schicksal ließ es; er wollte dem Mädchen, ihn als Vater zu bezeichnen, ein Ende machen. Die Alimentationsklage ließ er selbstverständlich anknüpfen des Mädchens unter Vermeidung der Staatsanwaltschaft hatte zwei Jahre und eine Woche Zuchthaus bestrahlt — letzte Müller Verurteilung ein und das Reichsgericht wies die Klage zur nochmaligen Verhandlung an die Vorinstanz zurück. Am Mittwoch fand nach der Verhandlungstermin vor dem Reichsgericht die Verhandlung über die Verlobung statt. Der Richter als Zeugin geladen. Der Angeklagte blieb bei seinen früheren Behauptungen, daß er unschuldig sei. Da sich das Mädchen nicht unklar ausdrückte, beantragte der Staatsanwalt wegen Mangel an Beweisen die Freiprärogation. Das Gericht erntete demgemäß.

Witte. Opfer der Arbeit.

Bei einem Unfällen im Rangenberg, Bezirke der Zimmermann Friedrich Reiger am 26. Jänner infolge Wechsens einer Leiterproff in die Tiefe. Er konnte nur als Leiche geborgen werden.

Eisenberg. Stadtverordneten-Erhöhung.

Ein Schreiben des Magistrats beauftragte die Aufstellung einer mechanischen Leiter für die freiwillige Feuerwehr. Und zwar soll die neue Leiter, die ungefähr 1600 Mark kostet, für die im nächsten Winter in der Eisenberg Stadt die letzte der inneren Stadt gebrauchte Leiter in Aufhängung benutzt werden. Die jetzt in Aufhängung benutzte, die den heutigen Ansprüchen nicht mehr entspricht, soll ausgetauscht werden. Auch muß sich bei der für die innere Stadt benutzten Leiter eine Veränderung notwendig. Die Kosten sollen mit Zuschlagern versehen werden um den Transport zu erleichtern. Zu diesem Zwecke sind ungefähr 300 bis 250 Mark erforderlich. Die Feuerlokalität trage davon einen großen Teil der Kosten. Die Vorlage wurde einstimmig angenommen. Auch einer Veränderung der Stromabrechnung für die Eisenbahn elektrischen Stromes wurde einstimmig am 28. Juni 1910 wurde genehmigt. Danach sollte in Zukunft die Kilowattstunde elektrischen Stromes für Beleuchtungswecke 40 Pf., bisher 30 Pf. für Kraftwecke bleibt der Preis von 30 Pf. pro Kilowattstunde bestehen. Zur Bedeckung der Kosten für die Eisenbahn elektrischen Stromes hat die Eisenbahnverwaltung die Kosten der Eisenbahn für die vorgeschlagene Summe befreit, die vom Kreis zu rückgezahlt wird, dagegen wird der Teil des Antrages abgelehnt, der besagt, die Summe als Grundschuld auf den genannten Grundstücken in das Grundbuch einzutragen zu lassen.